

Lernbrief

Wirtschaftslehre, Teil 6

***Weiter-
führende
Themen***

Rahmenlehrplanstand Wirtschaftslehre: September 1996

Herausgeber:
AOK-Bundesverband, Rosenthaler Str. 31, 10178 Berlin

Bearbeitung: Prof. Dr. Frank Fichert, Hochschule Worms

Redaktion: Referat Berufliche Bildung

Ansprechpartner: Thomas Streißelberger, Tel.: 030 34646-3603

Druck und Vertrieb durch
Bonndruck GmbH, Frankfurter Straße 51, 57074 Siegen.

Vervielfältigung der Materialien oder einzelner Beiträge daraus
(auf fotomechanischem oder sonstigem Wege) ist nur mit vorheriger
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Gliederung

1 Einleitung	3
2 Lernziele	4
3 Europäische Einigung	4
3.1 Grundidee	4
3.2 Stationen der europäischen Einigung	5
3.2.1 Schuman-Plan	5
3.2.2 Römische Verträge	6
3.2.3 Vertrag von Maastricht	7
3.2.4 Vertrag von Lissabon	9
3.2.5 Zeittafel der europäischen Einigung	12
3.3 Perspektiven und Herausforderungen	17
3.3.1 Gründe für die Weiterentwicklung der Europäischen Union	18
3.3.2 Herausforderungen und Risiken der europäischen Integration	20
3.3.3 Unterschiedliche Konzepte für die zukünftige Entwicklung der EU	21
3.4 Übungen zum Lernabschnitt 3	23
4 Organe der Europäischen Union	24
4.1 Europäisches Parlament	25
4.2 Rat der Europäischen Union	27
4.3 Europäische Kommission	28
4.4 Europäischer Rat	30
4.5 Gerichtshof der Europäischen Union	31
4.6 Europäischer Rechnungshof	31
4.7 Agenturen der EU	32
4.8 Entscheidungsprozesse in der EU	32
4.9 Übungen zum Lernabschnitt 4	35
5 Wirtschafts- und Währungsunion	36
5.1 Stufen der wirtschaftlichen Integration	36
5.1.1 Binnenmarkt	37
5.1.2 Wirtschaftsunion	38
5.1.3 Währungsunion	39

5.2 Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	40
5.2.1 Vorgeschichte	40
5.2.2 Konvergenzprozess und Konvergenzkriterien	40
5.2.3 Europäisches System der Zentralbanken	43
5.2.4 Der Euro – Europas Währung	44
5.2.5 Vorteile und Risiken der Währungsunion	45
5.2.6 Die Euro-Krise	46
5.3 Übungen zum Lernabschnitt 5	51
6 Haushalt der Europäischen Union	52
6.1 Einnahmenseite	52
6.2 Ausgabenseite	54
6.3 Aufbaufonds der EU	55
6.4 Übungen zum Lernabschnitt 6	55
7 Arbeitsfelder der Europäischen Union	56
7.1 Außen- und Sicherheitspolitik	56
7.2 Agrarpolitik	56
7.3 Regionale Strukturpolitik	57
7.4 Umwelt- und Klimapolitik	59
7.5 Sozialpolitik	59
7.6 Zusammenarbeit mit Drittstaaten	61
7.7 Weitere Arbeitsfelder	61
7.8 Übungen zum Lernabschnitt 7	62
8 Europäische Organe außerhalb der Europäischen Union	62
9 Zusammenfassende Selbstkontrolle	64
10 Lösungen zu den Übungen im Text	65
11 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle	71

1 Einleitung

In den ersten fünf Lernbriefen zum Thema „Wirtschaftslehre“ haben Sie sich ausführlich mit den wirtschaftlichen Zusammenhängen in Volkswirtschaften beschäftigt. Im sechsten und letzten Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre“ geht es um die ökonomische Dimension der europäischen Einigung.

Sie erhalten Einblicke, warum und in welchen Phasen sich die europäische Einigung entwickelt hat und welche Institutionen für die Politik in der Europäischen Union zuständig sind. Sie erhalten Informationen zum Euro, der offiziellen Währung in vielen Staaten Europas. Außerdem bekommen Sie einen Überblick über die vielfältigen Arbeitsfelder der Europäischen Union.

Auch das Unternehmen „AOK – Die Gesundheitskasse.“ ist in dieser Entwicklung in vielfältiger Weise integriert. So haben sich beispielsweise durch die Entwicklung der Europäischen Union die Wirtschaftsstrukturen in Europa erheblich verändert. Arbeitsintensive Unternehmen sind aus der Bundesrepublik Deutschland in Länder mit niedrigerem Lohnniveau abgewandert. Die Zahl der kapitalintensiven Unternehmen in Deutschland hat dagegen zugenommen. Konzentrationsprozesse führten zu Betriebsschließungen kleiner und mittlerer Unternehmen. Gleichzeitig kommt es im wirtschaftlichen Wachstumsprozess auch zu Neugründungen und Unternehmen aus anderen EU-Staaten eröffnen Niederlassungen in Deutschland.

Die Auswirkungen für die AOK zeigen sich u.a. in der Entwicklung der Beitragseinnahmen. Doch es gibt auch gute Chancen für die AOK. Sie liegen vor allem in den Dienstleistungsunternehmen, die hochqualifizierte und gut bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen.

Viel Spaß und Erfolg bei der Bearbeitung dieses Lernbriefs.

Hinweise

Die Textteile, deren Inhalte nicht prüfungsrelevant, aus unserer Sicht jedoch wichtig für das Gesamtverständnis und die AOK-Praxis sind, haben wir wieder in grüner Schrift gedruckt.

Haben Sie Tipps, Anregungen oder Verbesserungsvorschläge zu den Inhalten des Lernbriefs? Dann zögern Sie nicht, uns anzusprechen.

2 Lernziele

Nach Durcharbeiten dieses Lernbriefs sollen Sie in der Lage sein,

- die Grundidee der Europäischen Union zu erläutern,
- die Stationen der europäischen Einigung aufzuzeigen,
- die Römischen Verträge zu beschreiben,
- die vier Freiheiten dieser Verträge zu erläutern,
- den Vertrag von Maastricht zu erklären,
- die Reformelemente des Vertrags von Lissabon aufzuzeigen,
- die wichtigsten Organe der Europäischen Union und deren Funktionen zu erläutern,
- verschiedene Stufen der wirtschaftlichen Integration zu unterscheiden,
- die Chancen und Risiken der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion aufzuzeigen,
- die wichtigsten Positionen des EU-Haushalts zu erklären und
- die Arbeitsfelder der Europäischen Union zu beschreiben.

3 Europäische Einigung

Der Prozess der europäischen Einigung, der uns auch im 21. Jahrhundert intensiv beschäftigt, hat bereits vor über 70 Jahren begonnen. In der Öffentlichkeit werden zumeist die wirtschaftlichen Aspekte der europäischen Einigung in den Vordergrund gerückt. Dabei waren die wirtschaftlichen Gründe eigentlich nur Mittel zum Zweck für das Zusammenwachsen der europäischen Länder.

3.1 Grundidee

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war in Europa und darüber hinaus durch zwei schreckliche Kriege geprägt. Die wichtigste Aufgabe für die europäische Politik bestand nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs folglich darin, die Voraussetzungen für eine dauerhaft friedliche Entwicklung Europas zu schaffen.

Die Grundidee für eine friedliche Zukunft Europas war, schrittweise ein politisch vereintes Europa zu verwirklichen. Der Weg zur politischen Einheit sollte über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit führen, die zudem einen Wohlstandszuwachs für die Menschen in Europa versprach. Gemeinsame Institutionen wurden gegründet, die jedoch die politischen Institutionen der Nationalstaaten nicht ersetzen, sondern diese lediglich ergänzten. Schrittweise wurde die Zusammenarbeit im Laufe der Jahre und Jahrzehnte intensiviert und auf neue Bereiche ausgeweitet.

Merke

Die geschichtlichen Erfahrungen Europas begründeten den Wunsch nach einer europäischen Einheit. Ursprüngliches und oberstes Ziel war dabei die politische Einheit.

3.2 Stationen der europäischen Einigung

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg kam die Idee von einem vereinten Europa auf, die jedoch durch den Nationalsozialismus im Keim erstickt wurde. Im Jahr 1946 forderte der britische Premierminister Winston Churchill in einer Rede: „Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa schaffen. Nur dann können viele 100 Mio. arbeitender Menschen sich wieder den einfachen Freuden und Hoffnungen hingeben, die das Leben lebenswert machen“. Im Jahr 1949 wurde von zehn europäischen Staaten der „Europarat“ gegründet, der anfänglich Keimzelle und Mittelpunkt der europäischen Einigungspolitik war (vgl. Punkt 8 dieses Lernbriefs). Eine Integration auf politischer Ebene kam jedoch vorerst nicht zustande. Ebenfalls 1949 ergänzten zehn westeuropäische Staaten ihre wirtschaftliche durch eine militärische Zusammenarbeit. Gemeinsam mit den USA und Kanada gründeten sie die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO: North Atlantic Treaty Organization).

3.2.1 Schuman-Plan

Am 09. 05. 1950 (der 09. 05. ist bis heute „Europatag“) verkündete der französische Außenminister Robert Schuman, dass die französische Regierung zu einer gemeinsamen Politik mit der deutschen Regierung im Montanbereich (Kohle und Stahl) bereit sei. Dieser Vorschlag ging als „Schuman-Plan“ in die Geschichte ein. Nur fünf Jahre nach Kriegsende bot Frankreich

dem ehemaligen Kriegsgegner eine gemeinsame Politik und damit Mitspracherecht und gegenseitige Kontrolle auf einem Wirtschaftsgebiet an, das die Grundlage der Rüstungsindustrie war. Ein gewaltiger Schritt zur Wahrung von Sicherheit und Frieden. Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer stimmte dem Schuman-Plan sofort zu. Dieser entsprach auch seiner Grundüberzeugung: „Frieden in Europa wird es auf Dauer nur geben, wenn Deutschland und Frankreich eng zusammenarbeiten“.

Der Plan Robert Schumans führte 1951 in Paris zur Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, kurz EGKS oder auch Montanunion genannt. Dieser Gemeinschaft schlossen sich neben Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland auch Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg an. Die beteiligten Staaten erhofften sich durch die Zusammenarbeit und durch die Preisgabe von Teilen ihrer Souveränität schnelle wirtschaftliche Vorteile. Deshalb akzeptierten sie auch auf diesem vertraglich begrenzten Gebiet die Übertragung nationaler Hoheitsrechte auf übernationale Organe. Bereits 1952, also nur ein Jahr später, unterzeichneten die sechs EGKS-Staaten den Vertrag zur Gründung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ mit dem Ziel einer gemeinsamen Armee und einer „Europäischen Politischen Gemeinschaft“. Beide Verträge kamen jedoch nicht zustande, weil die französische Nationalversammlung ihre Zustimmung verweigerte.

Merke

Sechs westeuropäische Staaten gründeten 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Politisches Ziel war es, die Ressourcen der Rüstungsproduktion der nationalen Verantwortung teilweise zu entziehen und sie übernationalen Organen zu übertragen.

3.2.2 Römische Verträge

1957 gründeten die sechs EGKS-Staaten in Rom die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG). Damit dehnten sie die bisher erfolgreiche Politik vom Bereich Kohle und Stahl auf weitere Sektoren der Wirtschaft aus. Dazu gehörten u.a. die Landwirtschaft, die Fischerei, das Verkehrswesen, das Wettbewerbsrecht und der Außenhandel. Die Mitgliedstaaten beschlossen, innerhalb von zwölf Jahren einen gemeinsamen Markt, den Binnenmarkt, zu bilden. In diesem gemeinsamen Markt sollten die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu einem großen Markt verschmolzen werden, indem nach und nach die folgenden vier Freiheiten verwirklicht wurden:

1. Freier Warenverkehr

Die nationalen Märkte sind zu einem einheitlichen Zollgebiet – zu einer Zollunion – zusammengeschlossen. Innerhalb dieser Zollunion werden keine Zölle erhoben und es sind auch keine mengenmäßigen Beschränkungen von Importen oder Exporten zulässig. Allerdings gibt es Ausnahmen: So können Im- und Exporte immer noch aus Gründen etwa der öffentlichen Sicherheit oder des Gesundheitsschutzes beschränkt werden.

2. Freier Personenverkehr (Freizügigkeit)

Für Beschäftigte gilt innerhalb der Gemeinschaft grundsätzlich das Prinzip der Freizügigkeit, d.h., das Recht, sich in jedem Staat der Gemeinschaft eine Arbeit suchen und diese ausüben zu dürfen. Die Familienangehörigen besitzen ebenfalls ein Aufenthaltsrecht. Für Selbstständige gilt innerhalb der Gemeinschaft das Recht auf Niederlassungsfreiheit, d.h. sie dürfen grundsätzlich in jedem Mitgliedstaat ein Unternehmen gründen oder eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen.

Auch Studierende, Menschen im Ruhestand und andere Nicht-erwerbstätige genießen innerhalb der EU das Recht, in einem Mitgliedstaat ihrer Wahl zu leben. Allerdings gilt hierfür als Voraussetzung, dass diese Personen ihren Lebensunterhalt durch eigene Mittel bestreiten können, d.h. nicht auf die Sozialhilfe des jeweiligen Landes angewiesen sind. Zudem müssen diese Personengruppen einen Krankenversicherungsschutz nachweisen.

3. Freier Dienstleistungsverkehr

Dienstleistungsunternehmen ist es erlaubt, grenzüberschreitend tätig zu werden. Im Unterschied zur Niederlassungsfreiheit, die das Recht zur dauerhaften Einrichtung eines Unternehmens gewährt, geht es beim freien Dienstleistungsverkehr um die vorübergehende Erbringung von Leistungen in einem anderen Mitgliedstaat.

4. Freier Kapitalverkehr

Private Haushalte sowie Unternehmen dürfen unbeschränkt Kredite im europäischen Ausland aufnehmen oder Geld in anderen europäischen Ländern investieren. Nationale Vorschriften, z.B. im Steuerrecht, sind zu berücksichtigen.

Durch die Verwirklichung dieser vier Freiheiten in einem gemeinsamen Markt soll ein beständiges und stabiles Wirtschaftswachstum innerhalb der Gemeinschaft erreicht werden, um den Lebensstandard anzuheben.

Weiterhin wurde vereinbart, dass die nationalen Politiken der Mitgliedstaaten auf weiteren Gebieten (z.B. Forschung, Umwelt) in einer gemeinsamen Politik münden sollen.

Bei der Gründung der EWG wurde das Ziel der politischen Einigung nicht aus dem Auge verloren. In der Präambel zum EWG-Vertrag heißt es, dass diese „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker“ schaffen solle.

Die Realisierung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war erfolgreich. Weitere Staaten Europas schlossen sich der Gemeinschaft an oder stellten einen Aufnahmeantrag.

Gleichzeitig mit der EWG riefen die sechs Mitgliedstaaten auch die „Europäische Atomgemeinschaft“ (EURATOM) ins Leben. Das Ziel der EURATOM war die grenzüberschreitende Förderung der Kernforschung und die friedliche Nutzung der Atomenergie (z.B. zur Energiegewinnung).

Merke

1957 gründeten die sechs EGKS-Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Ein gemeinsamer Markt (Binnenmarkt), in dem die beteiligten Staaten unter der Verwirklichung der vier Freiheiten zu einem großen Markt zusammenschmelzen, wurde vereinbart. Generell wurden zwei Hauptziele verfolgt, erstens die Anhebung des Lebensstandards und zweitens die Förderung der Beziehungen zwischen den Staaten.

3.2.3 Vertrag von Maastricht

Es sollte bis 1992 dauern, bis der „Vertrag über die Europäische Union“ unterzeichnet werden konnte. In den 1960er, 1970er und auch den frühen 1980er Jahren erklärten die Mitgliedstaaten zwar mehrfach ihren Willen zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit, letztlich blieb es jedoch bei Willenserklärungen, denen keine tiefgreifenden Veränderungen folgten.

Im Jahr 1986 wurde ein Bericht vorgelegt, der die Grundlage für die umfassende Reform und Erweiterung der Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft bildete. Bis 1990 wurden die Änderungen an den europäischen Verträgen ausgearbeitet, die zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und der politischen Union notwendig waren. Daraus wurde der „Vertrag über die Europäische Union“, den die damaligen zwölf Mitgliedstaaten

- Belgien,
- Dänemark,
- Deutschland,
- Frankreich,
- Griechenland,
- Irland,
- Italien,
- Luxemburg,
- Niederlande,
- Portugal,
- Spanien sowie
- Großbritannien und Nordirland

am 07. 02. 1992 in der niederländischen Stadt Maastricht unterzeichneten und der am 01. 11. 1993 in Kraft trat. Er erweiterte die Bereiche der politischen Zusammenarbeit innerhalb der Mitgliedstaaten. Hinzu kamen: Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Industrie, Entwicklungshilfe, Außen- und Sicherheitspolitik, Justiz und Inneres. Die Ziele, die sich die Europäische Union (EU) in diesem Vertrag setzte, sind im Folgenden auszugsweise dargestellt.

- Eine harmonische Entwicklung der Gesellschaft zu erreichen, deren Grundlagen der wirtschaftliche und soziale Fortschritt ihrer Völker, das Streben nach Vollbeschäftigung, die schrittweise Beseitigung der zwischen den Regionen bestehenden Ungleichgewichte, der Schutz der Umwelt sowie der wissenschaftliche und kulturelle Fortschritt sind.

- Einen Wirtschaftsraum ohne Grenzen und ohne unterschiedliche Behandlung der Staatsangehörigen und der Unternehmen der Mitgliedstaaten zu schaffen.
- In den internationalen Beziehungen den Frieden, die Zusammenarbeit, die Abrüstung, die wechselseitige Sicherheit und die Freizügigkeit von Personen und Ideen sowie die Verbesserung der Handels- und Währungsbeziehungen zu fördern.
- Dazu beizutragen, dass sich alle Völker der Welt in harmonischer und gerechter Weise entwickeln, um denjenigen unter ihnen, die mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind, zu erlauben, sich aus der Unterentwicklung und vom Hunger zu befreien und ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte uneingeschränkt wahrzunehmen.
- Die Förderung eines ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, insbesondere durch Schaffung eines Raums ohne Binnengrenzen, durch Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und durch Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine einheitliche Währung umfasst.
- Die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte.
- Die Entwicklung einer engen Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde auch die europäische Unionsbürgerschaft eingeführt, die automatisch an die Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaats geknüpft ist. Sie beinhaltet am jeweiligen Wohnort das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie bei Europawahlen.

Zu den zwölf unterzeichnenden Mitgliedstaaten kamen 1995 Österreich, Finnland und Schweden hinzu.

Die umfangreichste Erweiterung der Europäischen Union fand zum 01. 05. 2004 statt. Insgesamt zehn Staaten, überwiegend aus Mittel- und Osteuropa, traten der EU bei: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

Am 01. 01. 2007 erfolgte der Beitritt von Bulgarien und Rumänien. Zum 01. 07. 2013 kam Kroatien hinzu. Bis zum Austritt Großbritanniens am 31. 01. 2020 hatte die EU 28 Mitglieder, seit dem Brexit sind es 27.

Merke

1992 wurde in Maastricht der Vertrag über die Europäische Union (EU) unterzeichnet, der am 01. 11. 1993 in Kraft trat. Ziel ist die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die politische Union der Mitgliedstaaten.

3.2.4 Vertrag von Lissabon

Im Verlauf der europäischen Einigung wurden die ursprünglichen Römischen Verträge mehrere Male geändert und ergänzt. Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Nizza im Jahr 2001 waren die europäischen Institutionen, ihre Rechte und Pflichten in insgesamt acht Verträgen und über 50 Protokollen geregelt. Dieses Nebeneinander zahlreicher Regelungen macht die politischen Entscheidungsprozesse schwerfällig und führt zudem zu einer geringen Transparenz. In den Staaten der Europäischen Union setzte sich daher die Überzeugung durch, dass es einer grundlegenden Reform der Europäischen Union bedürfe.

Im Dezember 2001 berief der Europäische Rat den Europäischen Konvent ein, der einen Vorschlag für eine Reform der EU unterbreiten sollte. Der Europäische Konvent, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und der Europäischen Kommission zusammensetzte, erarbeitete einen Entwurf für eine „Verfassung für Europa“. Nach einigen Änderungen unterzeichneten die Mitgliedstaaten 2004 den Vertrag über eine Verfassung für Europa.

Der Verfassungsvertrag musste von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden, wobei einige Staaten eine Ratifizierung durch eine Volksabstimmung vorsahen. 2005 wurde der Verfassungsentwurf bei Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnt. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa konnte somit nicht in Kraft treten.

Ratifizierung

Die europäischen Verträge, von denen in diesem Lernbrief an zahlreichen Stellen die Rede ist, sind völkerrechtliche Verträge zwischen souveränen Staaten, die von den jeweiligen Regierungen ausgehandelt werden. Sie müssen dann in den einzelnen Mitgliedstaaten bestätigt (ratifiziert) werden, wobei das Verfahren in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich ist. Beispielsweise muss in Deutschland sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat dem Vertrag zustimmen. Andere Staaten, etwa Irland, sehen zusätzlich eine Volksabstimmung (Referendum) im Rahmen des Ratifizierungsverfahrens vor. Schließlich muss das Staatsoberhaupt (in Deutschland ist dies der Bundespräsident bzw. die -präsidentin) den Vertrag unterschreiben und damit gegenüber den anderen Vertragsstaaten für rechtlich verbindlich erklären. Alle europäischen Verträge werden bei der italienischen Regierung in Rom hinterlegt.

Am 13. 12. 2007 wurde der Vertrag von Lissabon unterzeichnet. Dieser baut in weiten Teilen auf dem Verfassungsvertrag auf.

Nach der Ratifizierung in allen Mitgliedstaaten ist der Vertrag von Lissabon am 01. 12. 2009 in Kraft getreten. Die Grundlagen der Europäischen Union werden nun in zwei Verträgen geregelt: dem EU-Vertrag und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag), der auf dem früheren EG-Vertrag basiert.

Als wesentliche Ziele und Inhalte des Vertrags von Lissabon lassen sich die folgenden Aspekte anführen:

- Stärkung des Demokratieprinzips: Die Befugnisse des Europäischen Parlaments wurden deutlich ausgeweitet, insbesondere in den Bereichen Haushalt und Gesetzgebung.
- Stärkung der Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente: Die natio-

naln Parlamente erhalten die Möglichkeit, ein Überprüfungsverfahren für Rechtsakte der Europäischen Union einzuleiten, wenn sie in diesen Rechtsakten einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip sehen (vgl. Punkt 3.3.2 dieses Lernbriefs).




























- Stärkung der Bürgerrechte: Die europäische Grundrechtecharta, in der Arbeits- und Sozialrechte enthalten sind, wird rechtsverbindlich (Ausnahme: Polen).
- Stärkung der Mitwirkungsrechte: Sofern mehr als eine Million Wahlberechtigte eine Initiative unterstützen, muss sich die Europäische Kommission mit dieser Thematik befassen (Europäische Bürgerinitiative).
- Sezessionsrecht: Die Mitgliedstaaten erhalten das Recht zum Austritt aus der EU.
- Erhöhung der Effizienz der Entscheidungsverfahren: Die Zahl der Politikbereiche, in denen lediglich eine qualifizierte Mehrheit zur Entscheidung ausreicht, wurde erweitert. Zudem wurden die Abstimmungsverfahren vereinfacht.
- Stärkere personelle Kontinuität: Die Positionen einer gewählten Präsidentin bzw. eines gewählten Präsidenten des Europäischen Rats sowie eines Hohen Vertreters bzw. einer Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik wurden neu geschaffen.
- Erweiterung der europäischen Zusammenarbeit: Die Kompetenzen der Europäischen Union werden ausgeweitet, unter anderem im Bereich Sicherheit.
- Stärkung der EU in den Außenbeziehungen: Die EU erhält eine eigene Rechtspersönlichkeit und kann beispielsweise internationalen Organisationen beitreten.

Die meisten der zuvor genannten institutionellen Regeln waren auch im Verfassungsvertrag enthalten. Im Vergleich zum Verfassungsvertrag verzichtet der Vertrag von Lissabon jedoch auf symbolträchtige Bezeichnungen, insbesondere auf den Begriff „Verfassung“.

Merke

Am 01. 12. 2009 ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Wesentliche Ziele sind eine stärkere demokratische Legitimierung der Europäischen Union, eine höhere Effizienz der Entscheidungsfindung sowie eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der nationalen Parlamente. Neu geschaffen wurden die Positionen der ständigen Präsidentin bzw. des ständigen Präsidenten des Europäischen Rats sowie der Hohen Vertreterin bzw. des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Europäische Union

	Beitritts- jahr	Einwohner 2023 ¹	BIP 2022 pro Kopf ^{1,2}
 Belgien	★ 1958	11,8 Mio.	42,2 Tsd. €
 Deutschland	★ 1958	84,4	41,3
 Frankreich	★ 1958	68,1	35,8
 Italien	★ 1958	58,9	33,7
 Luxemburg	★ 1958	0,7	91,9
 Niederlande	★ 1958	17,8	46,1
 Dänemark	★ 1973	5,9	48,7
 Irland	★ 1973	5,2	82,7
 Griechenland	★ 1981	10,4	23,9
 Portugal	★ 1986	10,5	27,2
 Spanien	★ 1986	48,1	29,8
 Finnland	★ 1995	5,6	38,7
 Österreich	★ 1995	9,1	44,1
 Schweden	★ 1995	10,5	42,4
 Estland	★ 2004	1,4	30,5
 Lettland	★ 2004	1,9	25,9
 Litauen	★ 2004	2,9	31,5
 Malta	★ 2004	0,5	36,6
 Polen	★ 2004	36,8	28,0
 Slowakei	★ 2004	5,4	24,1
 Slowenien	★ 2004	2,1	31,5
 Tschechien	★ 2004	10,8	32,0
 Ungarn	★ 2004	9,6	27,3
 Zypern	★ 2004	0,9	32,3
 Bulgarien	★ 2007	6,4	20,7
 Rumänien	★ 2007	19,1	27,1
 Kroatien	★ 2013	3,9	25,7

■ Gründungsmitglieder



¹zum Teil vorläufig oder geschätzt (Stichtag 1.1.) ²kaufkraftbereinigt

Globus 016358 Quelle: Eurostat

Stand September 2023

3.2.5 Zeittafel der europäischen Einigung

1950

Am 09. 05. schlug der französische Außenminister Robert Schuman vor, die Verwaltung der damals wichtigsten Grundstoffressourcen Frankreichs und Deutschlands, nämlich Kohle und Stahl, unter dem Dach einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen.

1951

Sechs westeuropäische Staaten gründeten in Paris die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

1957

Die sechs EGKS-Staaten gründeten in Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). In der EWG wurde die gemeinsame Poli-

tik vom Bereich Kohle und Stahl auf weitere Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt. Die EWG-Staaten beschlossen, innerhalb von zwölf Jahren einen gemeinsamen Markt zu bilden. Dieser Zeitplan konnte nicht eingehalten werden, erst 1993 wurde der Binnenmarkt verwirklicht.

1962

Der Ministerrat (heute: Rat der Europäischen Union) einigte sich auf die Grundsätze einer gemeinsamen Agrarpolitik.

1967

Mit dem sogenannten Fusionsvertrag wurden die bis dahin getrennten Institutionen der EWG, der EGKS und der EURATOM zusammengelegt. Es entstanden der Rat und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

1968

Die EWG vollendete die Zollunion. Von nun an waren grenzüberschreitende Lieferungen von einem EWG-Staat in einen anderen zollfrei.

1970

Der Ministerrat (heute: Rat der Europäischen Union) beschloss, dass der Haushalt der EWG künftig nicht mehr aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten, sondern aus neu zu schaffenden Eigenmitteln der Europäischen Gemeinschaft finanziert wird.

1972

Die EWG-Staaten beschlossen auf weiteren Gebieten der Politik zusammenzuarbeiten, z.B. bei der Energie-, Regional- und Umweltpolitik.

1973

Dänemark, Irland, sowie das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland traten der EWG und EURATOM bei. Die EWG hatte nun neun Mitgliedstaaten.

1979

Zum ersten Mal wurden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments direkt von den Wahlberechtigten in den neun Staaten der Gemeinschaft gewählt.

1981

Griechenland trat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als zehnter Mitgliedstaat bei.

1986

Die Anzahl der Mitgliedstaaten erhöhte sich auf zwölf: Portugal und Spanien traten bei. Im gleichen Jahr beschlossen die Mitgliedstaaten eine erste umfassende Änderung der Gründungsverträge, die einheitliche Europäische Akte, und setzten ein Datum für die Vollendung des Binnenmarkts fest (Ende 1992).

1992

Die zwölf Staaten unterzeichneten in der niederländischen Stadt Maastricht den „Vertrag über die Europäische Union“.

1993

Der Binnenmarkt ist seit 01. 01. 1993 verwirklicht.

Am 01. 11. 1993 trat der „Vertrag über die Europäische Union“ in Kraft. Damit war die Europäische Union gegründet. Die EWG wurde in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt. Die Europäische Union (EU) umfasst zusätzlich zur EG die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS). Diese drei Bereiche (EG, GASP und PJZS) werden oftmals auch als die drei Säulen der EU bezeichnet.

1994

Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI) mit Sitz in Frankfurt am Main, das die Aufgabe hatte, die Vorbereitungen für eine Europäische Zentralbank zu treffen.

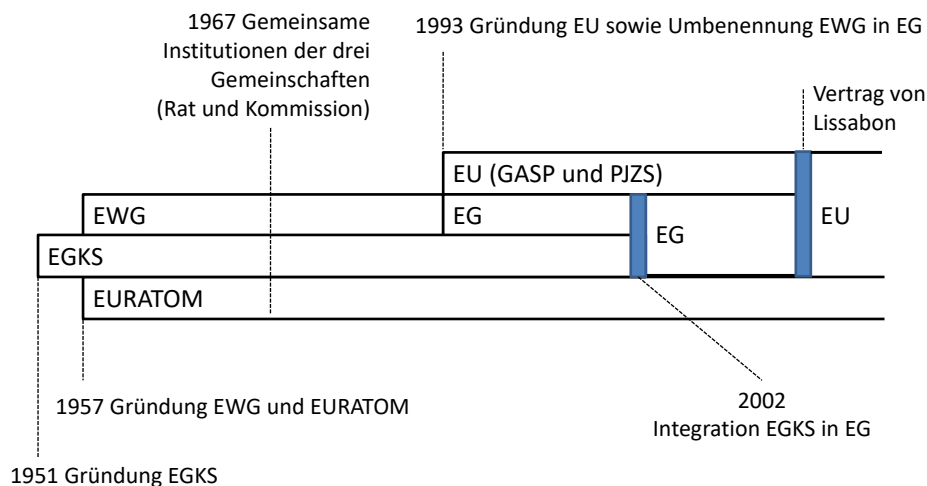
1995

Drei weitere Staaten, Finnland, Österreich und Schweden, traten der Europäischen Union bei (Gesamtzahl 15).

1999

Am 01.01.1999 begann die Europäische Währungsunion mit zunächst elf Staaten.

Europäische Institutionen im Zeitablauf



Da die europäische Zusammenarbeit in zahlreichen Verträgen geregelt ist, entstand seit den 1950er Jahren eine komplexe Struktur, die zu einem Nebeneinander unterschiedlicher Begriffe und Institutionen geführt hat. In der obigen Abbildung können Sie die einzelnen Schritte nachvollziehen. Der Vertrag von Lissabon sieht vor, alle Aufgaben und Institutionen im Rahmen der Europäischen Union zu bündeln. Lediglich EURATOM soll als separate Institution weiterbestehen.

2001

Griechenland nimmt an der Währungsunion teil.

2002

Ausgabe der Euro-Banknoten und Euro-Münzen in zwölf Mitgliedsländern. Dänemark, das Vereinigte Königreich und Schweden behielten ihre nationalen Währungen.

2004

Am 01. 05. 2004 traten zehn neue Mitgliedstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) der EU bei.

2007

Durch den Beitritt von Bulgarien und Rumänien stieg die Zahl der EU-Mitglieder auf 27. Slowenien nimmt als 13. Mitglied an der gemeinsamen Euro-Währung teil.

Am 13. 12. 2007 unterzeichneten die Mitgliedstaaten den Vertrag von Lissabon, der weitreichende Reformen für die EU enthält.

2008

Malta und Zypern führten den Euro ein.

2009

Der Euro wurde in der Slowakei eingeführt. Die Zahl der Mitglieder der „Euro-Zone“ betrug nun 16.

Am 01. 12. 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft.

2011

Estland führte als 17. Land den Euro ein.

2013

Kroatien wurde am 01. 07. 2013 der 28. EU-Staat.

2014

Lettland führte den Euro ein. Die Währungsunion hatte nun 18 Mitglieder.

2015

Litauen führte als 19. Staat den Euro ein.

2016

Am 23. 06. 2016 stimmten die Wahlberechtigten Großbritanniens bei einem Referendum mehrheitlich für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union („Brexit“). Offiziell wurde der Austritt dem Europäischen Rat von der britischen Regierung mit Schreiben vom 29. 03. 2017 mitgeteilt. Gemäß dem Vertrag von Lissabon schloss sich eine zweijährige Verhandlungsphase an, der Austritt war ursprünglich zum 30. 03. 2019 vorgesehen. Dem Austrittsabkommen muss sowohl die EU (Rat und Parlament) als auch der jeweilige Mitgliedstaat zustimmen. Allerdings fand das von der Regierung ausgehandelte Abkommen im britischen Parlament zunächst keine Mehrheit, sodass der Austrittstermin mehrfach verschoben wurde.

2020

Zum 31. 01. 2020 trat Großbritannien aus der EU aus. Bis zum Ende des Jahres 2020 war Großbritannien verpflichtet, weiterhin das EU-Recht zu beachten („Übergangsphase“). Zum 01. Januar 2021 trat der neue Partnerschaftsvertrag zwischen der EU und Großbritannien in Kraft, der sowohl die Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Handelsfragen als auch die Kooperation im Bereich von Polizei und Justiz regelt.

2023

Kroatien führt als 20. Mitgliedstaat den Euro ein.

Ausblick

Die EU führt derzeit mit acht Staaten Beitrittsverhandlungen (siehe Tabelle auf dieser Seite), wobei derzeit zu- meist skeptisch eingeschätzt wird,



ob die Verhandlungen mit der Türkei erfolgversprechend sind. Georgien ist der einzige Beitrittskandidat, mit dem noch keine Verhandlungen geführt werden. Der Kosovo, der im Jahr 2008 seine Unabhängigkeit erklärt hat, wird von der EU zu den potenziellen Kandidatenländern gezählt. Im Oktober 2015 wurde ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet.

In Norwegen wurde ein von der Regierung geplanter Beitritt bereits zweimal in einem Referendum abgelehnt (1972 und 1994). Island, mit dem seit dem Jahr 2010 Beitrittsverhandlungen geführt wurden, hat im März 2015 seinen Beitrittsantrag offiziell zurückgezogen. Die Schweiz kooperiert mit der EU im Rahmen zahlreicher bilateraler Verträge, ohne derzeit eine Mitgliedschaft anzustreben.

Land	Einwohner (in Mio.) 2024	BIP/Kopf 2023 (in Kaufkraftparität relativ zum EU-Durchschnitt) EU = 100	Status		
			Antrag	Kandidat seit	Verhandlungen seit
Albanien**	2,8	36	2009	2014	2022
Bosnien und Herzegowina	3,4	36	2016	2022	2024
Georgien**	3,7	k.A.	2022	2023	-
Moldau	2,4	k.A.	2022	2022	2024
Montenegro**	0,6	51	2008	2010	2012
Nordmazedonien	1,8	41	2004	2005	2022
Serbien	6,6	49	2009	2012	2014
Türkei	85,4	72	1987	1999	2005
Ukraine*	41,0	k.A.	2022	2022	2024

Datenquelle Eurostat / * Einwohnerdaten 2022 / ** Einwohnerdaten 2023 / Werte zum Teil vorläufig.

3.3 Perspektiven und Herausforderungen

In den vergangenen Jahrhunderten haben sich die Formen sozialer und politischer Organisation der Gesellschaft immer wieder geändert und sich den veränderten Rahmenbedingungen des Zusammenlebens angepasst. Im Zusammenwachsen der europäischen Staaten zur EU wird eine ganz neue Form der politischen Organisation entwickelt und erprobt.

Derzeit umfasst die EU 27 europäische Staaten, die den überwiegenden Teil der europäischen Bevölkerung und Wirtschaftskraft auf sich vereinen. Mit den europäischen Nichtmitgliedern besteht eine enge Zusammenarbeit, einige dieser Staaten streben eine EU-Mitgliedschaft an.

Diese Erfolgsgeschichte lässt es einerseits naheliegend erscheinen, die bestehende Zusammenarbeit auszubauen, zu intensivieren und auf weitere europäische Staaten auszudehnen. Andererseits hat das mitunter rasche Wachstum der EU auch einige Herausforderungen und Risiken für die EU mit sich gebracht. Im Folgenden wollen wir Ihnen einen Überblick über die jeweiligen Diskussionspunkte geben.

Derzeit ist noch nicht absehbar, welche längerfristigen Auswirkungen der Austritt Großbritanniens auf die EU haben wird und inwieweit es in anderen EU-Mitgliedstaaten Bestrebungen geben könnte, dem britischen Beispiel zu folgen.

Die Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien ließen eine Reihe von strittigen Themen erkennen. Dazu gehörten insbesondere die folgenden Bereiche:

- „Austrittsrechnung“: Die EU hat eine Reihe von Verpflichtungen für zukünftige Ausgaben beschlossen (vgl. Punkt 6 dieses Lernbriefs). Zudem haben beispielsweise die EU-Bediensteten mit Beamtenstatus Anspruch auf Pensionszahlungen. Die EU verlangte, dass sich Großbritannien auch nach dem Austritt an diesen Ausgaben beteiligt, da die entsprechenden Zahlungsverpflichtungen während der britischen Mitgliedschaft entstanden sind. Deren Höhe war jedoch zwischen der EU und Großbritannien umstritten.
- Rechte der EU-Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien: Im Rahmen der Freizügigkeit sind diese zahlreich nach Großbritannien gezogen. Die EU legte Wert darauf, dass sich die Rechtsposition dieser Menschen nach dem Brexit nicht verschlechtert.
- Nordirland: Durch den Austritt Großbritanniens verläuft die Außengrenze der EU zwischen Nordirland und Irland. Das EU-Mitglied Irland ist sehr stark daran interessiert, dass hier keine „harte“ Grenze mit Zoll- und Passkontrollen entsteht.

Bereits frühzeitig beschlossen wurde eine Verlegung der in Großbritannien ansässigen EU-Einrichtungen in andere Staaten, beispielsweise zog die Bankenaufsicht EBA von London nach Paris. Auch haben einige Unternehmen, etwa aus dem Finanzsektor, Teile ihrer Aktivitäten aus Großbritannien in andere EU Staaten verlagert.

3.3.1 Gründe für die Weiterentwicklung der Europäischen Union

Für die Fortentwicklung der Europäischen Union und für die Integration weiterer europäischer Staaten spricht eine Vielzahl von Gründen.

Sicherheitspolitische Gründe

In den vergangenen Jahrhunderten haben nahezu alle europäischen Länder gegeneinander Kriege geführt. Solche Kriege sind seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den beteiligten Ländern undenkbar geworden.

Die Europäische Union wird in Zukunft zunehmend Verantwortung für die Sicherheit in Europa übernehmen müssen und auch für die Sicherheit in der Welt. Als Gemeinschaft können die EU-Staaten helfen Konflikte, Krisen und Kriege in anderen Teilen von Europa zu vermeiden.

Aktuell steht die EU aufgrund der Invasion der Ukraine durch Russland seit Februar 2022 unter vielfältigen u.a. sicherheitspolitischen Herausforderungen. Der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union kommen seitdem regelmäßig zusammen, um die Lage in der Ukraine aus verschiedenen Blickwinkeln zu erörtern. Als Reaktion auf die militärische Aggression hat die EU diverse Sanktionen gegen Russland verhängt. Zudem hat die EU der Ukraine koordinierte humanitäre, politische, finanzielle und materielle Unterstützung geleistet. Verfolgen Sie hierzu auch die aktuelle Berichterstattung.

Außenpolitische Gründe

Wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in außenpolitischen Fragen „mit einer Stimme sprechen“, so können die gemeinsamen europäischen Interessen wesentlich wirkungsvoller durchgesetzt werden.

Innenpolitische Gründe

Für die Menschen in der EU ist es inzwischen selbstverständlich geworden, ohne Beschränkungen und ohne besondere Formalitäten in die anderen EU-Staaten zu reisen. Auch nutzen immer mehr Menschen die Möglichkeit, ihren Wohnsitz vorübergehend oder sogar dauerhaft in einen anderen EU-Mitgliedstaat zu verlegen, um dort zu studieren, zu arbeiten oder ihren Ruhestand zu verbringen.

Durch die Erweiterung der EU und den Abbau verbleibender Hemmnisse innerhalb der EU können immer mehr Menschen in den Genuss dieser Vorteile kommen.

Hinzu kommt, dass Regelungen zur Asyl- und zur Einwanderungspolitik letztlich nur auf der Ebene der Europäischen Union wirksam durchgesetzt werden können. Insbesondere die Flüchtlingskrise seit dem Jahr 2015 hat gezeigt, dass einerseits eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in diesem Politikbereich notwendig ist, andererseits die Interessenunterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten sehr groß sind.

Im Jahr 1985 haben fünf europäische Staaten (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande) das Schengen-Abkommen zum Abbau von Binnengrenzen unterzeichnet. Mittlerweile sind die Schengen-Regelungen Teil des EU-Rechts, wobei einerseits manche Mitgliedstaaten die Regelungen nicht oder nur teilweise übernommen haben (Zypern sowie Irland), andererseits auch Nichtmitglieder der EU in das Schengen-Abkommen integriert sind (Norwegen, Island, Schweiz und Liechtenstein). Zentrale Inhalte sind der Verzicht auf Grenzkontrollen zwischen den Schengen-Staaten, einheitliche Regelungen zur Vergabe von Visa an Angehörige von Drittstaaten sowie einheitliche Kontrollen an den Außengrenzen. Dabei sind vorübergehende Grenzkontrollen zulässig, um die innere Sicherheit der einzelnen Staaten zu schützen.

Wirtschaftspolitische Gründe

Die Schaffung des europäischen Binnenmarkts hat für die Verbraucherinnen und Verbraucher wesentliche Vorteile gebracht. Der Wettbewerb zwischen den Unternehmen wurde intensiver, dadurch sinken die Preise. Zudem ist das Angebot vielfältiger geworden. Durch den größeren Absatzmarkt ist es für die Unternehmen möglich, die kostensenkenden Effekte der Massenproduktion zu nutzen und dadurch auch ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten zu erhöhen. Somit trägt die europäische Integration auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.

In fast allen EU-Mitgliedstaaten sind die wirtschaftlichen Verflechtungen mit anderen EU-Staaten deutlich größer als mit Nicht-EU-Staaten. Beispielsweise gingen im Jahr 2023 rund 53 % der deutschen Exporte in andere EU-Staaten.

Für flexible Beschäftigte bietet die Öffnung der europäischen Arbeitsmärkte die Möglichkeit, berufliche Perspektiven auch außerhalb ihres Heimatlandes zu entwickeln.

Sozialpolitische Gründe

In Europa gibt es arme und reiche Regionen. Der Binnenmarkt bietet für die ärmeren Regionen die Chance, Güter und Dienstleistungen in die wohlhabenderen Regionen zu liefern und auf diesem Weg ihr Einkommen zu steigern. Darüber hinaus können die reicheren Regionen durch Beratungsleistungen und durch Finanzhilfen, die beispielsweise für die Modernisierung der Infrastruktur verwendet werden, zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den ärmeren Regionen beitragen.

Umwelt-, klima- und energiepolitische Gründe

Die Schadstoffbelastung der Umwelt ist nicht auf einzelne Länder beschränkt. Eine wirksame Umweltpolitik auf nationaler Ebene ist in Europa nicht möglich. Nur die Gemeinschaft kann durch geeignete Maßnahmen die bestehenden Schäden allmählich abbauen und zukünftige Schäden verhindern.

Beispielsweise hat die EU konkrete Ziele für die Reduzierung des Treibhausgases Kohlendioxid, die Senkung des Energieverbrauchs sowie für den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energieträger formuliert. Der europäische Emissionsrechtehandel ist das zentrale umweltpolitische Instrument zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen.

3.3.2 Herausforderungen und Risiken der europäischen Integration

Für die Weiterentwicklung der EU gibt es viele gute Gründe, die wir Ihnen zuvor genannt haben. Allerdings sind auf dem weiteren Weg der europäischen Einigung zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen und es werden auch immer wieder Risiken diskutiert. Auf diese Herausforderungen und Risiken wollen wir im Folgenden etwas genauer eingehen:

- **Wachsende Zahl der Mitgliedstaaten**

Durch die hohe Mitgliederzahl der EU von 27 werden die Entscheidungsprozesse komplizierter. Wesentliche Elemente des Vertrags von Lissabon betreffen daher die Anpassung der Entscheidungsregeln an die geänderten Bedingungen.

- **Zunehmende Interessenunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten**

Insbesondere durch die Osterweiterung der EU hat sich nicht nur die Zahl der Mitglieder erhöht, auch die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten haben zugenommen. Hierdurch gewinnen mögliche Interessengegensätze an Gewicht. Zum Beispiel kommt dem Agrarsektor in den einzelnen Mitgliedstaaten eine höchst unterschiedliche Bedeutung zu, sodass die einzelnen Staaten bei Verhandlungen über den europäischen Agrarhaushalt jeweils versuchen werden, ihre speziellen Interessen durchzusetzen.

- **Zunehmende Wohlstandsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten**

Die Unterschiede im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sind zwischen den Mitgliedstaaten der EU mittlerweile erheblich (vgl. Abbildung Seite 12). Hierdurch ergeben sich gleich mehrere Konfliktpotenziale.

Zum einen ist es das Ziel der EU, die Wohlstandsunterschiede zwischen den Regionen abzubauen. Hier gibt es Interessengegensätze zwischen den Mitgliedstaaten, da die ärmeren Länder auf höhere Zahlungen drängen, die reicheren Länder hingegen das Ausmaß ihrer Zahlungen begrenzen möchten.

Zum anderen bedeuten die Wohlstandsunterschiede insbesondere auf den Arbeitsmärkten einen verschärften Wettbewerb. Speziell in Ländern mit hohem Lohnniveau, beispielsweise Deutschland, geraten die Arbeitsmärkte unter Druck, wenn Arbeitsplätze in andere EU-Staaten verlagert werden und/oder Menschen aus Ländern mit niedrigem Lohnniveau ihre Arbeitskraft in Deutschland anbieten.

- **Zentralisierung von Entscheidungen**

Immer wieder wird kritisiert, dass die europäische Ebene Entscheidungen trifft, die auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten getroffen werden könnten, beispielsweise im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Durch diese Zentralisierung, so ein gängiger Kritikpunkt, nimmt die Bürgernähe der Entscheidungen ab und es ist nur schwer möglich, den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten gerecht zu werden. Gefordert wird daher, dass

sich die EU streng am sogenannten Subsidiaritätsprinzip orientiert. Das Subsidiaritätsprinzip besagt in diesem Zusammenhang, dass die Entscheidungskompetenz nur dann auf eine höhere Ebene übergehen soll, wenn die unteren Ebenen nicht in der Lage sind, geeignet mit den entsprechenden Aufgaben umzugehen. Dies ist im EU-Vertrag rechtlich verankert.

- **Arbeitsplatzverluste und Steuer-rückgänge in einzelnen Mitgliedstaaten**

Im europäischen Binnenmarkt herrscht ein intensiver Wettbewerb zwischen den Unternehmen sowie zwischen den einzelnen Standorten um Unternehmensansiedlungen. Wenn ein Unternehmen sich im Wettbewerb nicht als hinreichend leistungsfähig erweist, kann es Marktanteile verlieren, was zum Verlust von Arbeitsplätzen führen kann. Auch die Unternehmensbesteuerung gerät unter Wettbewerbsdruck, wenn einzelne Mitgliedstaaten versuchen, durch besonders niedrige Steuersätze Unternehmen anzulocken.

- **Gefährdungen des Wettbewerbs zwischen Unternehmen**

Die Unternehmen werden versuchen ihre Marktmacht auf den europäischen Märkten auszubauen, beispielsweise durch grenzüberschreitende Unternehmenszusammenschlüsse. Hier ist die europäische Wettbewerbspolitik gefordert. Näheres hierzu erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 5“.

3.3.3 Unterschiedliche Konzepte für die zukünftige Entwicklung der EU

Bereits seit vielen Jahren werden unterschiedliche Konzepte für die weitere Entwicklung der Europäischen Union diskutiert, was sich durch die Brexit-Entscheidung der Wahlberechtigten in Großbritannien noch intensiviert hat. Im Folgenden sind drei mögliche Entwicklungslinien geschildert, die auch als Forderungen vertreten werden. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Vorschläge und Konzepte, verfolgen Sie hierzu auch die öffentliche Diskussion.

Eine denkbare Möglichkeit besteht in der weiteren Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit und einer Stärkung der europäischen Institutionen, etwa im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik. Bei dieser Strategie würden weitere Entscheidungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene verlagert. Eine zweite Option wird als „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ diskutiert. Hier würde ein Teil der EU-Mitgliedstaaten, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen relativ ähnlich sind, die europäische Zusammenarbeit weiter vertiefen („Kerneuropa“), während die anderen Mitgliedstaaten die derzeitige Integrationstiefe beibehielten oder sogar reduzierten. Drittens wird mitunter gefordert, auf absehbare Zeit keine weiteren Integrationsschritte vorzusehen und in einzelnen Bereichen sogar wieder Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten zurück zu verlagern.

Aufnahme neuer Mitglieder in die EU und Sanktionsmöglichkeiten

Die Europäische Union hat in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche neue Mitglieder aufgenommen. Weitere Staaten möchten in den kommenden Jahren Mitglied der EU werden. Gemäß dem EU-Vertrag kann jedes europäische Land der Europäischen Union beitreten. Im EU-Vertrag ist festgelegt, welche Voraussetzungen für Beitrittsländer gelten und welche Verfahrensschritte einzuhalten sind.

Jedes Land, das der EU beitreten möchte, muss bestimmte Kriterien erfüllen. An erster Stelle stehen politische Kriterien, insbesondere die Gewährleistung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte sowie der Schutz von Minderheiten. Als wirtschaftliche Kriterien gelten eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten. Darüber hinaus muss das Beitrittsland in der Lage sein, die Pflichten zu erfüllen, die sich für jeden Mitgliedstaat aus dem europäischen Recht ergeben. Dies setzt insbesondere eine entsprechend leistungsfähige und auf die Strukturen der EU ausgerichtete Verwaltung voraus.

Erfüllt ein Staat die genannten Kriterien, können Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Während dieser Phase prüft die Europäische Kommission, inwieweit das jeweilige Land auf einen EU-Beitritt vorbereitet ist. Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen werden die Schritte zur Vorbereitung des

Beitritts abgestimmt. Auch können Übergangsregelungen vereinbart werden. Das Ziel der Beitrittsverhandlungen ist der Beitritt zur EU, der Prozess ist jedoch ergebnisoffen und kann beispielsweise unter bestimmten Voraussetzungen auch ausgesetzt werden.

Neben der Beitrittsfähigkeit des Landes spielt auch die Aufnahme-fähigkeit (Integrationsfähigkeit) der EU eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über eine Erweiterung. Dazu gehören sowohl funktionierende Institutionen innerhalb der EU als auch eine Akzeptanz der Erweiterung in der Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten.

Bei erfolgreichem Verlauf der Beitrittsverhandlungen wird am Ende dieses Prozesses ein Beitrittsvertrag geschlossen. Voraussetzung hierfür ist unter anderem die Zustimmung des Europäischen Parlaments sowie die einstimmige Zustimmung des Europäischen Rats. Der Vertrag muss danach sowohl von dem beitragswilligen Land als auch von allen bisherigen Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Bereits vor dem Beitritt eines Landes wird dieses von der EU im Rahmen der sogenannten Heranführungsstrategie unterstützt. Den Beitrittskandidaten werden sowohl finanzielle als auch organisatorische Hilfen gewährt. Zudem können die Staaten bereits an bestimmten Programmen der EU teilnehmen und in europäischen Ausschüssen einen Beobachterstatus erhalten.

Wenn das Parlament und der Rat der Europäischen Union in einem mehrstufigen Verfahren feststellen, dass ein Mitgliedstaat zentrale Grundwerte der EU verletzt (insbesondere Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit), so können bestimmte Rechte dieses Mitgliedstaats (einschließlich des Stimmrechts im Rat der Europäischen Union) ausgesetzt werden. Umgangssprachlich wird dies auch als Suspendierung der EU-Mitgliedschaft bezeichnet.

Der erste Schritt des entsprechenden Verfahrens, die Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit, wurde erstmals im Januar 2016 gegenüber Polen eingeleitet. Das darauf folgende Sanktionsverfahren wurde im Dezember 2017 von der EU Kommission in die Wege geleitet. Inhaltlich geht es bei diesem Verfahren um eine Justizreform in Polen, die von der Kommission als ein Verstoß gegen rechtsstaatliche Grundsätze gewertet wird. In den Folgejahren wurden weitere Vertragsverletzungsver-

fahren gegen Polen eingeleitet, die ebenfalls in Zusammenhang mit Einschränkungen der richterlichen Unabhängigkeit stehen. Dabei wurde die Auffassung der Kommission zum Teil bereits durch Urteile des Europäischen Gerichtshofs bestätigt. Im Mai 2024 wurde das Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Polen eingestellt, nachdem Gesetzesänderungen in Polen die Bedenken der EU ausräumen konnten.

Im September 2018 hat das Europäische Parlament ein Sanktionsverfahren gegen Ungarn angestoßen. Auch hier geht es um die Einhaltung demokratischer Prinzipien, etwa Meinungsfreiheit sowie die Unabhängigkeit der Justiz.

In beiden Fällen hat es sich als ein wirksames Druckmittel erwiesen, dass die Vergabe von Mitteln aus europäischen Förderprogrammen von der Kommission an die Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips geknüpft wurde.

3.4 Übungen zum Lernabschnitt 3

Übung 1

Erläutern Sie kurz die Grundidee der Europäischen Einigung.

Übung 2

Skizzieren Sie besonders wichtige Stationen der Europäischen Einigung.

Übung 3

Erläutern Sie, welchen Vorschlag der französische Außenminister Robert Schuman 1950 machte.

Übung 4

Erläutern Sie, inwieweit der Vertrag von Maastricht, der am 01. 11. 1993 in Kraft trat, die europäische Integration erweitert und vertieft hat.

4 Organe der Europäischen Union

Übung 5

Beschreiben Sie die wirtschaftlichen Vorteile der europäischen Integration. Gehen Sie dabei besonders auf private Haushalte ein.

Übung 6

Erläutern Sie wirtschaftliche Risiken, die mit der europäischen Integration verbunden sind.

Übung 7

Stellen Sie die wesentlichen Voraussetzungen dar, die ein Land vor einem Beitritt in die EU erfüllen muss.

Die EU ist ein Verbund von derzeit 27 selbstständigen Staaten, die vertraglich vereinbart haben,

- in einigen Bereichen der Politik nur noch gemeinschaftlich zu handeln und gemeinsame Beschlüsse zu fassen, die für alle Beteiligten bindend sind;
- in anderen Bereichen der Politik eng zusammenzuarbeiten und das Handeln aufeinander abzustimmen und
- in allen übrigen Bereichen der Politik allein zu entscheiden, dabei jedoch aufeinander Rücksicht zu nehmen.

Eine ausschließliche Zuständigkeit der EU besteht insbesondere bei den Zöllen, der Außenhandelspolitik sowie den Wettbewerbsregeln für den Binnenmarkt. Eine gemeinsame Zuständigkeit der EU und der Mitgliedstaaten findet sich etwa beim Verbraucherschutz und der Landwirtschaftspolitik. Eine koordinierende Funktion nimmt die EU unter anderem bei der Gesundheitspolitik und der Kulturpolitik ein.

Generell muss die EU die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten achten, den Grundsatz der Subsidiarität beachten und für weitere Mitglieder offen sein. Aufgabe der EU ist es, die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten solidarisch zu regeln. Dafür sind Organe, die Aufgaben der EU in demokratischer Weise wahrnehmen, erforderlich.

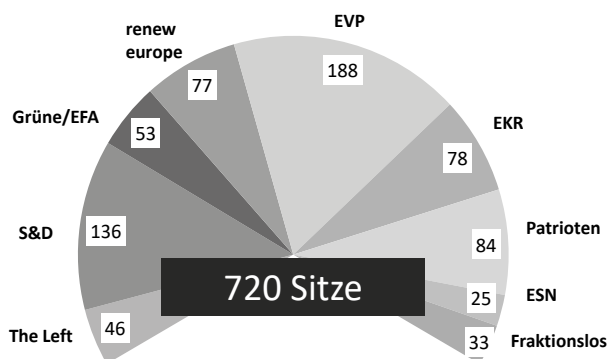
In der EU nehmen folgende Organe diese Aufgaben wahr:

- das Europäische Parlament
- der Rat der Europäischen Union (Ministerrat)
- die Europäische Kommission
- der Europäische Rat
- der Gerichtshof der Europäischen Union
- der Europäische Rechnungshof

Merke

Die Europäische Union ist ein Verbund von 27 selbstständigen Staaten, die in bestimmten Bereichen der Politik gemeinschaftlich handeln und Beschlüsse fassen. Die Aufgaben der Europäischen Union werden durch deren Organe (z.B. Europäisches Parlament, Kommission, Rat) wahrgenommen.

Fraktionen im Europaparlament (2024, konstituierende Sitzung)



Kurzbezeichnung	Name	Parteilugehörigkeit Deutschland
The Left	Die Linke	Die Linke und Tierschutzpartei
S&D	Progressive Allianz der Sozialdemokraten	SPD
Grüne/EFA	Grüne / Freie Europäische Allianz	Bündnis 90/Die Grünen und Volt
renew europe	renew europe	FDP und Freie Wähler
EVP	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	CDU/CSU, ÖDP und Familienpartei
EKR	Europäische Konservative und Reformer	-
Patrioten	Patrioten für Europa	-
ESN	Europa der souveränen Nationen	AfD

Quelle: Europäisches Parlament sowie Webseiten der Fraktionen. (Stand Juni 2024)

4.1 Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament hat seinen Sitz in Straßburg. Nach der Europawahl im Juni 2024 besteht das Europäische Parlament aus 720 Abgeordneten (vor dem Brexit waren es 751, danach 705). Über die Zahl der Abgeordneten entscheidet der Europäische Rat, die Obergrenze beträgt

gemäß EU-Vertrag 751. Gewählt werden die Abgeordneten alle fünf Jahre. Alle Bürgerinnen und Bürger der EU haben das aktive und passive Wahlrecht. Das Europäische Parlament wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten bzw. eine Präsidentin und 14 Vizepräsidenten und -präsidentinnen für eine Amtsperiode von 2,5 Jahren.

Die Vertretung der Mitgliedstaaten folgt dem Grundsatz der degressiven Proportionalität, d.h., Abgeordnete aus einem größeren Land vertreten mehr Bürgerinnen und Bürger als Abgeordnete aus einem kleineren Land. Die Mindestzahl der Abgeordneten pro Land beträgt sechs, die Höchstzahl 96.

Die Befugnisse des Europäischen Parlaments lassen sich einteilen in:

- Gesetzgebungsrechte
- Haushaltsrechte
- Rechte bei der Besetzung der Europäischen Kommission
- Kontrollrechte
- Rechte in den Außenbeziehungen

Gesetzgebungsrechte

Die Befugnisse des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsverfahren wurden in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend erweitert. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ist das Verfahren der ordentlichen Gesetzgebung (früher als Mitentscheidungsverfahren bezeichnet) der Regelfall. Bei diesem Verfahren wirken der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament gleichberechtigt an der Gesetzgebung mit (vgl. Punkt 4.8 dieses Lernbriefs). Allerdings hat das Europäische Parlament kein Initiativrecht, d.h., es kann keine Gesetzesentwürfe vorlegen. Es kann jedoch die Europäische Kommission auffordern, Gesetzesentwürfe auszuarbeiten, die es für erforderlich hält. Falls die Kommission dieser Aufforderung nicht nachkommt, muss sie dies dem Parlament gegenüber begründen.

Haushaltsrechte

Der Haushalt der EU (vgl. Punkt 6 dieses Lernbriefs) wird von der Kom-

mission eingebracht und vom Rat der Europäischen Union sowie dem Europäischen Parlament beraten. Der Haushalt tritt nur in Kraft, wenn ihm sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat der Europäischen Union zustimmen. Dabei können beide Organe im Verfahren Änderungsvorschläge einbringen. Die Europäische Kommission muss das Europäische Parlament über die Haushaltsführung informieren. Nach Prüfung der Haushaltsführung erteilt das Europäische Parlament der Europäischen Kommission Entlastung.

Personelle Besetzung der Europäischen Kommission

Das Europäische Parlament wählt auf Vorschlag des Europäischen Rats den Präsidenten bzw. die Präsidentin der Europäischen Kommission. Darüber hinaus muss die Kommission als Kollegium von der Mehrheit des Europäischen Parlaments akzeptiert werden. Mit anderen Worten, das Europäische Parlament kann den Vorschlag für die Mitglieder der Europäischen Kommission als Ganzes annehmen oder ablehnen, es kann jedoch keine einzelnen Kommissionsmitglieder ablehnen. Darüber hinaus kann das Europäische Parlament der Kommission mit Zweidrittelmehrheit das Misstrauen aussprechen. In diesem Fall muss die Kommission geschlossen zurücktreten.

Kontrollrechte

Das Europäische Parlament kontrolliert die Tätigkeit der Europäischen Kommission und des Rats der Europäischen Union. Hierzu kann es Anfragen stellen und in besonderen Fällen auch Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Rechte in den Außenbeziehungen

Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat das Parlament im Wesentlichen Informationsrechte sowie das Recht zur Abgabe von Stellungnahmen.

Merke

Das Europäische Parlament ist ein legislatives Organ der EU, dessen Abgeordnete von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt werden. Es hat Mitentscheidungsrechte bei der Gesetzgebung, der Beschlussfassung über den EU-Haushalt sowie der personellen Besetzung der Europäischen Kommission. Darüber hinaus kontrolliert es die Arbeit der Europäischen Kommission und hat Rechte im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

4.2 Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union setzt sich aus je einem Minister bzw. einer Ministerin jedes Mitgliedstaats zusammen. Diese sind befugt für die Regierung des jeweiligen Staats verbindlich zu handeln. Der Rat der Europäischen Union tagt in unterschiedlicher Zusammensetzung je nach Politikfeld. Zum Beispiel entscheidet der Verkehrsministerrat über verkehrspolitische Fragen oder der Finanzministerrat über die gemeinsame Steuerpolitik.

Im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik ist der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz zuständig.

Im Rat der Europäischen Union werden die nationalen Interessen vorgetragen und diskutiert. Dort muss ein Kompromiss gefunden werden zwischen den gemeinschaftlichen, europäischen Zielen und den unterschiedlichen oft sehr gegensätzlichen Interessen, Wünschen und Pflichten der Mitgliedstaaten.

Der Rat der Europäischen Union hat seinen Sitz in Brüssel, hält aber auch Tagungen in Luxemburg ab. Den Vorsitz im Rat der Europäischen Union führt der jeweilige Präsident bzw. die Präsidentin. Die Präsidentschaft wechselt alle sechs Monate. Die Reihenfolge, in der die Mitgliedstaaten die Präsidentschaft übernehmen, ist bis 2030 festgelegt.

Eine Ausnahme bildet der Rat für Auswärtige Angelegenheiten. Der bzw. die Vorsitzende mit dem Titel Hoher Vertreter bzw. Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik ist Mitglied der Europäischen Kommission und wird für eine Dauer von fünf Jahren gewählt.

In einigen Politikbereichen muss im Rat der Europäischen Union eine einstimmige Entscheidung getroffen werden. Dies gilt insbesondere für die Steuer-, Asyl- und Einwanderungspolitik sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Für alle anderen Politikbereiche ist eine „qualifizierte Mehrheit“ zur Beschlussfassung erforderlich. Der Vertrag von Lissabon sieht seit dem 01. 11. 2014 das Prinzip der doppelten Mehrheit als Entscheidungsregel vor. Für die qualifizierte Mehrheit müssen mindestens 55 % der Mitgliedstaaten zustimmen, wobei mindestens 65 % der EU-Bevölkerung durch diese Mitgliedstaaten vertreten sein müssen.

Merke

Der Rat der Europäischen Union ist ein legislatives Organ der Europäischen Union. Er besteht aus je einem Minister bzw. einer Ministerin pro Mitgliedsland und hat seinen Sitz in Brüssel. Die Minister und Ministerinnen fassen Beschlüsse, z.B. über Gesetze und den Haushalt, entweder mit qualifizierter Mehrheit oder in bestimmten Politikbereichen einstimmig.

Seit dem 01. 11. 2014 ist die Höchstzahl der Kommissionsmitglieder durch den Vertrag von Lissabon grundsätzlich auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten begrenzt, d.h. bei 27 Mitgliedstaaten soll die Kommission aus 18 Mitgliedern bestehen (einschließlich Präsidentin bzw. Präsident und Hohe Vertreterin bzw. Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik). Die Mitgliedstaaten sollen dann über ein System der gleichberechtigten Rotation in der Kommission vertreten sein.

Allerdings kann der Europäische Rat von der zuvor beschriebenen Regel auch abweichen und eine andere Größe der Kommission festlegen. Im Mai 2013 wurde auf dieser Grundlage beschlossen, dass auch weiterhin jedes Land mit einem Kommissar bzw. einer Kommissarin vertreten sein soll.

Die Europäische Kommission hat insbesondere die folgenden Aufgaben:

- Sie achtet auf die Anwendung der europäischen Verträge („Hüterin der Verträge“).
- Sie überwacht die Anwendung des europäischen Rechts (Verordnungen und Richtlinien).
- Sie unterbreitet als einziges Organ Vorschläge für Rechtsakte der EU.
- Sie erstellt den Haushaltsentwurf, führt den Haushaltsplan aus und verwaltet die europäischen Programme.
- Sie hat Koordinierungs-, Exekutiv- und Verwaltungsfunktionen.
- Sie vertritt die Europäische Union nach außen (Ausnahme: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

4.3 Europäische Kommission

Die Europäische Kommission hat eine zentrale Bedeutung für die europäische Politik. Sie besteht aus dem vom Europäischen Parlament, auf Vorschlag des Europäischen Rats, gewählten Präsidenten bzw. der Präsidentin sowie den Kommissaren und Kommissarinnen, die für unterschiedliche Aufgabenbereiche zuständig sind. Der Sitz der Europäischen Kommission ist Brüssel.

Derzeit beträgt die Zahl der Kommissarinnen und Kommissare 27, wobei jeder EU-Mitgliedstaat ein Kommissionsmitglied stellt. Die Amtszeit der Kommission beträgt fünf Jahre. Die Kommissarinnen und Kommissare sind unabhängig und dürfen insbesondere keine Weisungen von den Mitgliedstaaten entgegennehmen. Die Kommission trifft ihre Entscheidungen mit einfacher Mehrheit.

Sofern Mitgliedstaaten nach Auffassung der Kommission gegen europäisches Recht verstoßen, leitet die Kommission ein sogenanntes Vertragsverletzungsverfahren ein. Der Mitgliedstaat wird aufgefordert, das beanstandete Verhalten abzustellen. Erfolgt keine aus Sicht der Kommission ausreichende Verhaltensänderung, kann ein Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union eingeleitet werden.

Beispiel

Die Zahl der Vertragsverletzungsverfahren ist hoch und betrifft alle Bereiche der europäischen Politik. Nachfolgend ausgewählte Beispiele aus den ersten Monaten des Jahres 2024:

- Abfallrahmenrichtlinie: Polen und Portugal werden aufgefordert, mehrere Bestimmungen, beispielsweise zu Recyclingquoten und zur Verringerung von Lebensmittelabfällen, in nationales Recht umzusetzen.
- Behandlung von kommunalem Abwasser: In Irland wird nach Feststellungen der Kommission kommunales Abwasser in acht Gemeinde mit mehr als 2000 Einwohnern nicht ordnungsgemäß behandelt, was gegen EU-Recht verstoße. Irland wird zu einer entsprechenden Reaktion aufgefordert.
- Hypothekarkreditrichtlinie: Frankreich wird aufgefordert, die nach Auffassung der Kommission in Teilen nicht korrekte Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht zu korrigieren.

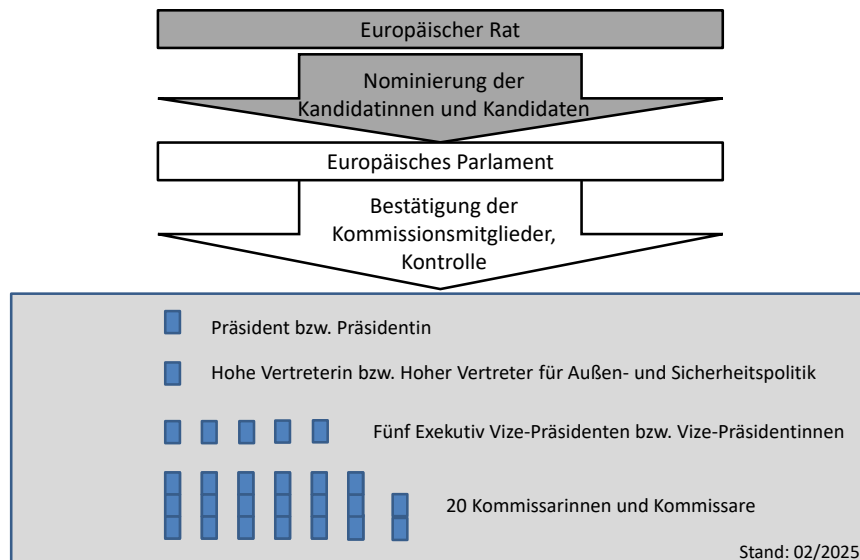
- Mehrwertsteuerrichtlinie: In Deutschland bestehen Einschränkungen für die Mehrwertsteuerbefreiung bei Leistungen von Privatlehrerinnen und Privatlehrern, die nach Auffassung der Kommission gegen die europäischen Vorgaben verstoßen.
- Richtlinie über Abfalldeponien: Rumänien wird aufgefordert, mehrere illegale Mülldeponien zu schließen und zu sanieren.
- Richtlinie über die Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschifffahrt: Dänemark und Portugal werden aufgefordert, die Bestimmungen der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Merke

Die Europäische Kommission ist das exekutive Organ der Europäischen Union. Sie besteht derzeit aus 27 Kommissarinnen und Kommissaren. Aufgaben der Europäischen Kommission sind insbesondere die Überwachung der Einhaltung des europäischen Rechts, die Aufstellung und Ausführung des Haushalts sowie die Einbringung von Vorschlägen für Rechtsakte.

Die Europäische Kommission

Insgesamt 27 Kommissarinnen und Kommissare
(1 pro Land, inkl. Präsident bzw. Präsidentin)



4.4 Europäischer Rat

Der Europäische Rat setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der Mitgliedstaaten (z.B. Kanzler und Kanzlerinnen, Präsidenten und Präsidentinnen, Premierminister und Premierministerinnen) zusammen. Durch den Vertrag von Lissabon wurde die Position eines festen Präsidenten bzw. einer festen Präsidentin des Europäischen Rats geschaffen. Die Amtsperiode beträgt zweieinhalb Jahre.

Der Europäische Rat tritt mindestens zweimal im Halbjahr zusammen. Er legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der EU fest. Er wird nicht gesetzgeberisch tätig. Der Europäische Rat handelt grundsätzlich im Konsens, d.h. Beschlüsse werden einstimmig getroffen. Zu seinen Aufgaben gehört auch die

Nominierung des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin sowie des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik. Außerdem wählt der Europäische Rat die Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank.

Merke

Der Europäische Rat besteht aus den Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten bzw. der Präsidentin.

Aufgabe des Europäischen Rats ist es, die politischen Zielvorstellungen für die Europäische Union festzulegen und die Entwicklung der Europäischen Union voranzutreiben. Zudem trifft er Personalentscheidungen.

4.5 Gerichtshof der Europäischen Union

Der Gerichtshof der Europäischen Union besteht aus dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) und dem Gericht der Europäischen Union.

Die Gerichte wachen darüber, dass die Gesetzgebung sich an die europäischen Verträge hält und die Verwaltung an die Gesetze. Diese Aufgaben erfüllt in der EU der Gerichtshof der Europäischen Union. Er entscheidet beispielsweise aufgrund einer Klage eines Mitgliedstaats, eines Unternehmens oder von EU-Staatsangehörigen, ob in einem Einzelfall gegen geltendes Gemeinschaftsrecht verstoßen wurde. Er entscheidet auch endgültig, wie strittige Texte in den Verträgen zu verstehen sind.

Er ist zudem die letzte Instanz in Europa. Wenn beispielsweise ein nationales Gericht der Gemeinschaft in einem Prozess eine Klärung des Europarechts für entscheidend hält, kann es dem Gerichtshof der Europäischen Union diese Frage zur Entscheidung vorlegen. Die getroffene Entscheidung ist dann für das nationale Gericht bindend. So ist gewährleistet, dass das Gemeinschaftsrecht in allen Staaten der EU einheitlich angewandt wird.

Die Richterinnen und Richter des Europäischen Gerichtshofs und die Generalwältinnen und -anwälte werden von den nationalen Regierungen auf sechs Jahre ernannt, wobei jeder Staat einen Richter bzw. eine Richterin stellt. Der Europäische Gerichtshof hat seinen Sitz in Luxemburg.

Seit 1989 besteht das Gericht der Europäischen Union (früher Europäisches Gericht Erster Instanz genannt), das dem EuGH vorgeschaltet ist. Hier stellt seit 2019 jeder Staat zwei Richterinnen bzw. Richter.

Merke

Der Gerichtshof der Europäischen Union ist das judikative Organ der Europäischen Union. Er besteht aus derzeit zwei Gerichten und hat seinen Sitz in Luxemburg.

Aufgabe des Gerichtshofs der Europäischen Union ist es, innerhalb der Europäischen Union darüber zu wachen, dass sich die Gesetzgebung an die Verträge und die Verwaltung an die Gesetze halten.

4.6 Europäischer Rechnungshof

Zur Kontrolle der Haushaltsverwendung werden in Rechtsstaaten unabhängige Instanzen eingerichtet, die alle Ausgaben der öffentlichen Hand prüfen. Diese Aufgabe fällt in der EU dem Europäischen Rechnungshof zu. Er prüft, ob die Einnahmen und Ausgaben der EU rechtmäßig und ordnungsgemäß sind und ob die Haushaltsführung wirtschaftlich ist. Die Mitglieder des Europäischen Rechnungshofs müssen jede Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten und dürfen während ihrer Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben.

Über seine Kontrolltätigkeit berichtet der Europäische Rechnungshof jährlich in einem Rechnungsprüfungsbericht, der veröffentlicht wird. Der Europäische Rechnungshof unterstützt das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union bei deren Haushaltskontrolle.

Dem Europäischen Rechnungshof gehören Mitglieder aus allen Staaten der Union an. Er hat seinen Sitz in Luxemburg.

Merke

Der Europäische Rechnungshof prüft, ob die Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union rechtmäßig, wirtschaftlich und für die vorgesehenen Zwecke getätigt wurden.

4.7 Agenturen der EU

Zur Unterstützung der EU-Politik wurden zahlreiche spezialisierte Agenturen gegründet, die überwiegend an dezentralen Standorten angesiedelt sind. Es lassen sich vier Arten von Agenturen unterscheiden:

- **Gemeinschaftsagenturen**

Gemeinschaftsagenturen sind Körperschaften des europäischen öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Beispiele für Gemeinschaftsagenturen sind die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA), die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA), die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC).

- **Agenturen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

Hierzu gehört beispielsweise die Europäische Verteidigungsagentur (EDA).

- **Agenturen für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen**

Zu diesen Agenturen gehört beispielsweise das Europäische Polizeiamt (Europol).

- **Exekutivagenturen**

Diese Agenturen sind an einem der Sitze der Europäischen Kommission (Brüssel oder Straßburg) eingerichtet. Sie dienen der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen. Beispiele sind die Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) sowie die European Climate, Infrastructure and Environment Executive Agency (CINEA).

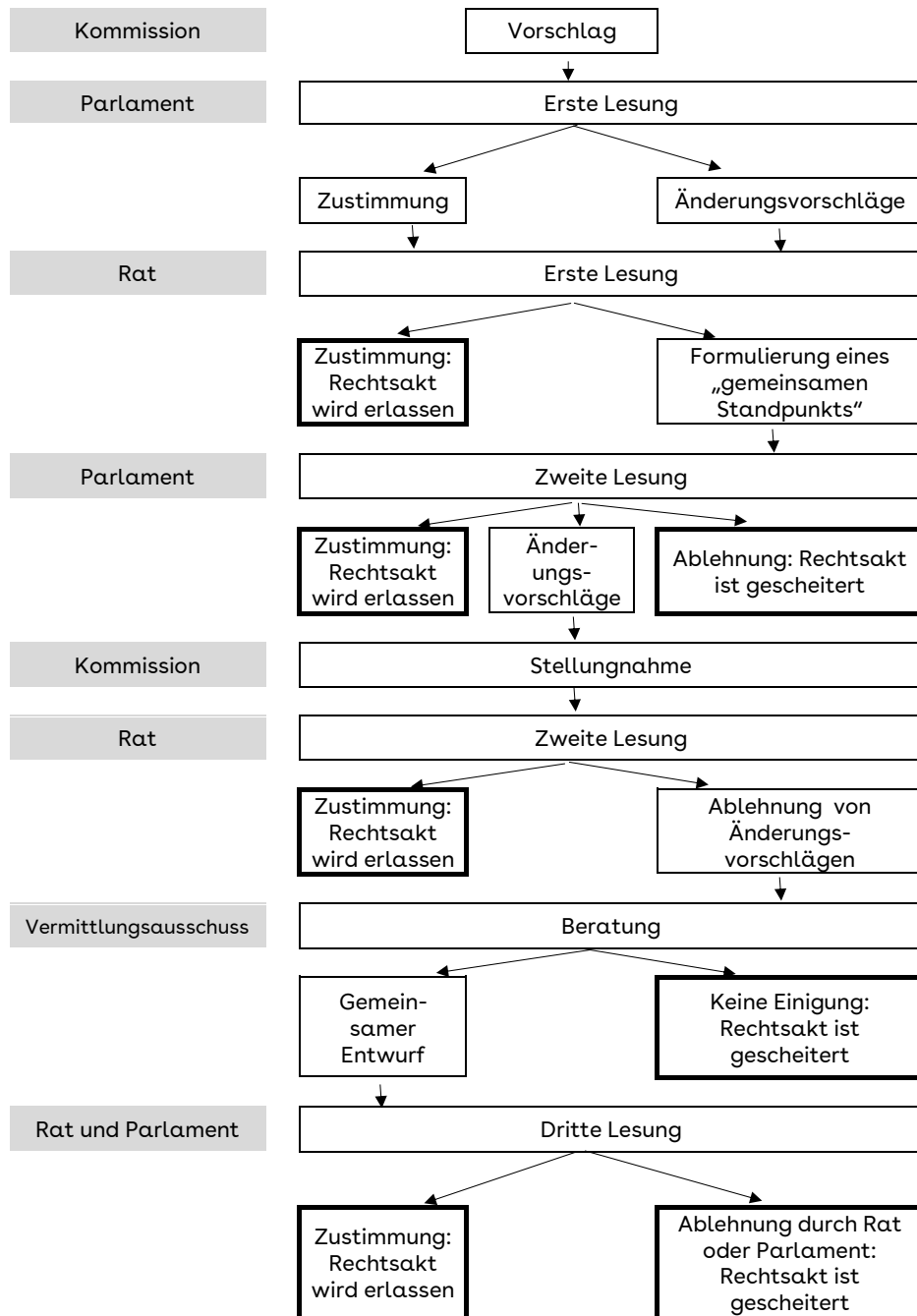
4.8 Entscheidungsprozesse in der EU

Das Zusammenwirken zwischen den unterschiedlichen Organen der EU ist komplex. Alle wesentlichen Entscheidungen basieren auf dem Zusammenwirken der Europäischen Kommission, des Rats der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament. Bei Personalentscheidungen, insbesondere der Besetzung der Europäischen Kommission, spielt auch der Europäische Rat eine wichtige Rolle.

Ausgangspunkt für politische Entscheidungsprozesse ist in aller Regel die Europäische Kommission. Sie hat das Initiativrecht für Gesetzesentwürfe und für die Haushaltsaufstellung. Die Vorschläge der Kommission müssen im Regelfall sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Rat der Europäischen Union bestätigt werden. Das Schaubild auf Seite 34 veranschaulicht das komplizierte Zusammenwirken von Kommission, Rat und Parlament am Beispiel des Verfahrens der ordentlichen Gesetzgebung (früher als Mitentscheidungsverfahren bezeichnet), das in Art. 294 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union geregelt ist. Dabei ist zu beachten, dass teilweise besondere Anforderungen an die jeweilige Mehrheit gestellt werden. Beispielsweise kann der Rat in der zweiten Lesung die Änderungsvorschläge des Parlaments, zu denen die Kommission eine ablehnende Stellungnahme abgegeben hat, nur einstimmig billigen.

Beratende Organe bei der Gesetzgebung der EU sind der Wirtschafts- und Sozialausschuss, in dem Interessenorganisationen insbesondere der Beschäftigten, Unternehmen, Landwirtschaftsbetriebe und privaten Haushalte Stellungnahmen abgeben, sowie der Ausschuss der Regionen, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Regionen und Kommunen zusammensetzt.

Verfahren der ordentlichen Gesetzgebung



Verordnungen und Richtlinien

Bislang haben wir meist vereinfachend von europäischen Gesetzen gesprochen. Bei diesen Gesetzen handelt es sich entweder um Verordnungen oder um Richtlinien.

Eine Verordnung ist in allen Staaten unmittelbar geltendes Recht, auf das sich alle Bürgerinnen und Bürger direkt berufen können. Das Ziel einer Verordnung ist die Rechtsvereinheitlichung. Ein Beispiel unter vielen ist die Verordnung zur Zahlung von Entschädigungen an Flugreisende, wenn ein Flug annulliert wird oder eine nennenswerte Verspätung hat.

Eine Richtlinie ist kein unmittelbar geltendes Recht, sondern sie muss von den EU-Mitgliedstaaten innerhalb einer bestimmten Frist in nationales Recht umgesetzt werden. Bei dieser Umsetzung verfügen die Mitgliedstaaten über einen gewissen Spielraum, der dazu dienen soll, Besonderheiten in den nationalen Rechtssystemen berücksichtigen zu können. Das Ziel einer Richtlinie ist die Rechtsangleichung. Ein Beispiel für eine Richtlinie ist die „Feinstaub-Richtlinie“, die vorschreibt, dass bestimmte Grenzwerte für die Belastung der Luft mit Feinstaub nicht überschritten werden dürfen. Die Mitgliedstaaten können jedoch selbst bestimmen, durch welche Maßnahmen sie dieses Ziel erreichen.

Merke

Die Verabschiedung europäischer Verordnungen und Richtlinien erfolgt im Zusammenwirken von Europäischer Kommission, Europäischem Parlament und dem Rat der Europäischen Union. Das alleinige Initiativrecht liegt bei der Europäischen Kommission. Damit ein Vorschlag Gesetzeskraft erlangt, müssen sowohl der Rat der Europäischen Union als auch das Europäische Parlament zustimmen.

4.9 Übungen zum Lernabschnitt 4

Übung 8

Beschreiben Sie kurz, was unter dem Begriff „Europäische Union“ zu verstehen ist.

Übung 9

Stellen Sie die Unterschiede zwischen dem Europäischen Rat und dem Rat der Europäischen Union dar.

Übung 10

Nennen Sie die Aufgaben der Europäischen Kommission.

Übung 11

Erläutern Sie, wie Rechtsnormen in der EU entstehen. Gehen Sie dabei auch auf den Unterschied zwischen Verordnungen und Richtlinien ein.

Übung 12

Erläutern Sie die Aufgaben des Europäischen Parlaments.

Übung 13

Erläutern Sie, wie die Mitglieder der Europäischen Kommission bestimmt werden.

Übung 14

Erläutern Sie, für welche Belange der Europäische Rechnungshof zuständig ist.

5 Wirtschafts- und Währungsunion

Übung 15

Stellen Sie dar, inwieweit durch den Vertrag von Lissabon das Abstimmungsverfahren zur Erlangung einer qualifizierten Mehrheit im Rat der Europäischen Union vereinfacht wurde.

Übung 16

Recherchieren Sie die Zahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die in Deutschland, in Schweden und in Malta gewählt werden sowie die Bevölkerungszahlen dieser Staaten im Jahr 2024. Berechnen Sie, wie viele Einwohnerinnen und Einwohner ein Abgeordneter jeweils vertritt und erläutern Sie vor diesem Hintergrund den Grundsatz der „degressiven Proportionalität“.

5.1 Stufen der wirtschaftlichen Integration

Seit 01. 01. 1999 ist der Euro als gemeinsame Währung europäischer Staaten eingeführt. Derzeit nehmen 20 Staaten an dieser Währungsunion teil. Die Währungsunion ist eine wesentliche Stufe der wirtschaftlichen Integration Europas. Im Folgenden wollen wir Ihnen zunächst die unterschiedlichen Stufen einer wirtschaftlichen Integration allgemein vorstellen. Unter Punkt 5.2 wird dann der Weg zur Europäischen Währungsunion beschrieben und es werden ihre Vorteile und Risiken diskutiert.

Einen Überblick über die unterschiedlichen Stufen der wirtschaftlichen Integration liefert Ihnen auch die Abbildung auf Seite 39. Die erste Stufe einer wirtschaftlichen Integration ist die Freihandelszone, bei der für Güter, die in den teilnehmenden Staaten hergestellt wurden, keine Binnenzölle erhoben werden. Bei einer Zollunion werden darüber hinaus im Verhältnis zu Drittstaaten einheitliche Zölle erhoben. Auch die EU hat diese Stufe durchlaufen, bevor der gemeinsame Markt (Binnenmarkt) geschaffen wurde.

Im Verhältnis zu Drittstaaten nutzt die EU nach wie vor die Instrumente der Freihandelszone und der Zollunion. Gemeinsam mit den drei EFTA-Mitgliedstaaten Island, Liechtenstein und Norwegen bildet die EU den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), der als erweiterte Freihandelszone die vier Grundfreiheiten (vgl. Punkt 3.2.2 dieses Lernbriefs) zwischen den insgesamt 30 Staaten des EWR sichert. In der Schweiz wurde eine EWR-Mitgliedschaft 1992 in einer Volksabstimmung abgelehnt. Zwischen der EU und der Türkei besteht seit dem Jahr 1996 eine Zollunion.

5.1.1 Binnenmarkt

Ein Binnenmarkt ist ein Gebiet, in dem sich das gesamte wirtschaftliche Geschehen nach einheitlichen Regeln und unter gleichen Bedingungen abspielt. Dieses Gebiet ist normalerweise identisch mit dem Hoheitsgebiet eines Staats.

Ein wesentliches Hemmnis für den freien Handel sind unterschiedliche Produktstandards in verschiedenen Ländern. Der Abbau von Handelshemmnissen im europäischen Binnenmarkt wurde durch die Umsetzung des Herkunftslandprinzips deutlich vorangetrieben. Beim Herkunftslandprinzip darf grundsätzlich jedes Produkt, das in einem teilnehmenden Land zugelassen ist, auch in allen anderen Ländern verkauft werden. Um zu verhindern, dass es dabei zu einer „Abwärtsspirale“ kommt, werden auf der europäischen Ebene Mindeststandards gesetzt (Vereinheitlichung von Normen).

Beispiel

In Deutschland gibt das sogenannte Reinheitsgebot vor, dass Bier nur aus bestimmten Rohstoffen hergestellt werden darf. Durch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs wurde im Jahr 1987 auch für den deutschen Biermarkt das Herkunftslandprinzip durchgesetzt. Für die Herstellung von Bier gelten jedoch einheitliche europäische Mindestnormen.

Folge

Brauereien aus anderen EU-Staaten dürfen Bier in Deutschland verkaufen, das nicht nach den Bestimmungen des deutschen Reinheitsgebots hergestellt ist.

Damit wird deutlich, wie schwierig das im Vertrag zur Gründung der EWG gesetzte Ziel „Errichtung eines Gemeinsamen Markts“ zu realisieren war. Deshalb sollte es auch über 35 Jahre dauern, bis der Binnenmarkt aus damals zwölf Staatsgebieten verwirklicht werden konnte. Alle Bürgerinnen und Bürger der angeschlossenen Länder können innerhalb des Binnenmarkts frei ihren Wohnsitz wählen, einen Arbeitsplatz suchen, ein Geschäft eröffnen oder sich zur Ruhe setzen. Dabei galten für die zwölf Staaten, die der EU in den Jahren 2004 und 2007 beigetreten sind, teilweise Übergangsfristen.

Weiterentwicklung des Binnenmarkts am Beispiel der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Grundsätzlich hat jedes in der EU ansässige Unternehmen das Recht, in einem anderen Land Dienstleistungen zu erbringen. Auch darf jeder EU-Bürger in jedem Land der EU Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Dabei galten zum einen für die in den Jahren 2004 und 2007 neu beigetretenen Länder aus Mittel- und Osteuropa Übergangsregelungen, die sich insbesondere auf das Baugewerbe bezogen. Deutschland hat auf diese Übergangsregelungen großen Wert gelegt, um den nationalen Arbeitsmarkt vor zusätzlichem Wettbewerb zu schützen. Zum anderen bestehen in einigen EU-Mitgliedstaaten noch administrative Hemmnisse für den freien Dienstleistungsverkehr.

Die Europäische Kommission hat 2004 einen Entwurf für eine Richtlinie vorgelegt, die den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen erleichtern soll. Beispielsweise ist ein Abbau bürokratischer Hemmnisse vorgesehen, der sowohl die vorübergehende Erbringung von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten als auch die Errichtung von Niederlassungen von Dienstleistungsanbietern betrifft. Die Kommission erwartet, ähnlich wie bei der Verwirklichung des Binnenmarkts für Güter, eine Belebung des wirtschaftlichen Wachstums und sinkende Preise. Als Exporteur von – zumeist hochwertigen – Dienstleistungen

(z.B. technische Planung und Entwicklung) kann auch Deutschland von einer weiteren Öffnung der Dienstleistungsmärkte profitieren.

Besonders kontrovers wurde im Zusammenhang mit der Dienstleistungsrichtlinie das sogenannte Herkunftslandprinzip diskutiert. Das Herkunftslandprinzip besagt, dass ein Unternehmen, das vorübergehend Dienstleistungen in einem anderen Staat erbringen will, sich nur an die rechtlichen Bestimmungen seines Heimatlandes halten muss. Konkret muss beispielsweise ein Unternehmer, der in seinem Heimatland eine Genehmigung für die Erbringung einer bestimmten Dienstleistung besitzt, in einem anderen Staat keine zusätzliche Genehmigung beantragen. Dies erleichtert die grenzüberschreitende Tätigkeit von Dienstleistungsanbietern erheblich.

Allerdings enthielt bereits der ursprüngliche Richtlinienentwurf zahlreiche Ausnahmen vom Herkunftslandprinzip. Auch Gesundheitsdienstleistungen sind von der Anwendung der Richtlinie ausgenommen. In Kritiken an der Dienstleistungsrichtlinie wird befürchtet, dass in den Mitgliedstaaten bestehende Standards, etwa in den Bereichen Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht sowie beim Umwelt- und Verbraucherschutz, durch die Dienstleistungsrichtlinie unterlaufen werden könnten.

Im Dezember 2006 ist die Richtlinie in Kraft getreten, wobei der ursprüngliche Entwurf der Kommission im Laufe des Verfahrens teilweise stark verändert wurde. Die Mitgliedstaaten hatten bis 28. 12. 2009 Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Merke

Ein Binnenmarkt ist ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet mehrerer Staaten mit völliger Freizügigkeit, d.h. mit freiem Verkehr für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital.

Ein Binnenmarkt erfordert auch eine Angleichung der Steuersysteme und Steuersätze. Dadurch kann zum einen der Aufwand bei grenzüberschreitenden Geschäften innerhalb des Binnenmarktes verringert werden. Zum anderen könnten sich durch stark unterschiedliche Steuersätze insbesondere in grenznahen Gebieten Verzerrungen im Wettbewerb ergeben. In der EU ist insbesondere vorgeschrieben, dass jeder Mitgliedstaat eine Mehrwertsteuer nach einem im Grundsatz einheitlichen System erheben muss. Zudem sind sowohl für die Mehrwertsteuer als auch für zahlreiche Verbrauchsteuern (z.B. Energiebesteuerung) europaweite Mindestsätze festgeschrieben. Konkret beträgt beispielsweise der reguläre Mindestsatz der Mehrwertsteuer in der EU 15 %. Das Land mit dem niedrigsten Steuersatz ist Luxemburg (17 %), in Deutschland liegt der Steuersatz bei 19 %, der Höchstwert wird derzeit in Ungarn mit 27 % erreicht.

5.1.2 Wirtschaftsunion

Bereits durch den EWG-Vertrag waren die Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verpflichtet, mit ihrer Wirtschaftspolitik bestimmte gemeinsame Ziele zu verfolgen. In einer Wirtschaftsunion muss die Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten jedoch noch viel stärker Rücksicht auf die Folgen für die anderen Einzelstaaten nehmen. Das ist ein äußerst schwieriger und langwieriger Prozess.

Die Mitgliedstaaten haben sich im Vertrag über die Europäische Union verpflichtet, ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse zu betrachten und sie entsprechend zu koordinieren. Die EU-Staaten verpflichten sich weiterhin

zur Haushaltsdisziplin; müssen also darüber wachen, dass übermäßige öffentliche Defizite vermieden werden. Andernfalls können Sanktionen verhängt werden. Zusammengefasst kann man sagen: Staaten, die eine Wirtschaftsunion bilden, verpflichten sich zu einer gleichgerichteten Wirtschaftspolitik, d.h. sie stimmen ihre nationale Wirtschaftspolitik aufeinander ab, damit sie in allen wichtigen Zielen übereinstimmen und sich in den Ergebnissen ihrer Wirtschaftsleistung einander annähern.

Merke

Unter einer Wirtschaftsunion versteht man einen gemeinsamen Markt, verbunden mit einer Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschaftspolitik.

5.1.3 Währungsunion

Eine Währungsunion ist ein Zusammenschluss von Staaten mit unterschiedlichen Währungen zu einem einheitlichen Währungsraum, in dem nur eine Währung offizielles Zahlungsmittel ist. Eine solche Währungsunion kann für die wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Staaten große Vorteile bringen, und sie hat auch einen hohen symbolischen Wert (vgl. Punkt 5.2.5 dieses Lernbriefs).

Eine Währungsunion kann jedoch nur unter der Voraussetzung funktionieren, dass die beteiligten Staaten gemeinsame Ziele verfolgen und dass ihre wirtschaftliche Entwicklung keine allzu großen Unterschiede aufweist. Eine Währungsunion sollte daher nur am Ende eines Prozesses der wirtschaftlichen Angleichung (Konvergenz) stehen.

Inwieweit eine solche Konvergenz bei allen Staaten zum Zeitpunkt ihres Eintritts in die Europäische Währungsunion tatsächlich bestand, wird nicht zuletzt angesichts der Eurokrise ab dem Jahr 2010 durchaus kontrovers diskutiert.

Seit November 2014 hat die Europäische Zentralbank auch die unmittelbare Aufsicht über große Banken in den Mitgliedstaaten der Währungsunion übernommen. Die Schaffung einheitlicher Regeln und einer gemeinsamen Aufsicht für den europäischen Bankensektor wird oftmals auch als Bankenunion bezeichnet. Besonders umstritten ist, ob neben der gemeinsamen Aufsicht auch eine kollektive Haftung für die einzelnen Banken eingeführt werden soll.

Stufen wirtschaftlicher Integration



Merke

Eine Währungsunion ist ein Zusammenschluss von Staaten mit unterschiedlichen Währungen zu einem einheitlichen Währungsraum, in dem nur eine Währung offizielles Zahlungsmittel ist.

5.2 Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

5.2.1 Vorgeschichte

Das Ringen um eine einheitliche Währung in Europa dauerte annähernd 30 Jahre. Um die Wechselkurse zu stabilisieren, deren Schwankungen die wirtschaftliche Entwicklung Europas immer wieder gehemmt haben, wurde 1972 der Europäische Währungsverbund gegründet. Sieben Jahre später löste das Europäische Währungssystem (EWS) den Währungsverbund ab. Das EWS schrieb die bestehenden Wechselkurse zwischen den europäischen Währungen fest und verfügte, dass die Wechselkurse nur innerhalb einer Bandbreite von 2,25 % nach oben oder unten abweichen dürfen. Erreichte ein Wechselkurs diese Grenzbereiche, mussten die Zentralbanken Gegenmaßnahmen zur Kursstützung ergreifen, z. B. Zinssätze verändern oder am Devisenmarkt Stützungskäufe vornehmen.

Zur Finanzierung solcher Interventionen räumten sich die Zentralbanken untereinander vorübergehend unbegrenzte Kredite ein. Für einigermaßen stabile Wechselkurse brauchte man eine unveränderliche Bezugsgröße zum Umrechnen der Währungen untereinander. Früher war dies beispielsweise Gold, später der Dollar. Im EWS wurde dafür eine künstliche Währung geschaffen, der European Currency Unit (ECU). Der ECU war keine Währung für die Praxis, sondern diente nur als Recheneinheit. Er war zusammengesetzt aus zwölf EU-Währungen, deren Anteile in einem Gewichtungsschema festgelegt wurden, um die unterschiedliche Wirtschaftskraft zu berücksichtigen. Die Bundesrepublik

Deutschland z.B. war mit einer prozentualen Gewichtung von 32,02 % am ECU beteiligt.

5.2.2 Konvergenzprozess und Konvergenzkriterien

Der Gründungsvertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 verlangte bereits die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, wobei jedoch offen blieb, wie dies verwirklicht werden sollte. In der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 wurde von den Mitgliedstaaten endgültig beschlossen, eine Wirtschafts- und Währungsunion zu gründen. Jedoch wurden erst im Vertrag über die Europäische Union (1992) die Bedingungen und der Zeitplan definitiv festgelegt. Danach wurde die Wirtschafts- und Währungsunion in **drei Stufen** verwirklicht.

Die **erste Stufe** begann bereits am 01. 07. 1990 mit dem Start für einen freien Kapitalverkehr in Europa, und endete 1993. In dieser Zeit haben die Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Währungspolitik stärker aufeinander abgestimmt, um eine größere Annäherung ihrer volkswirtschaftlichen Basisdaten zu erreichen, beispielsweise bei der Inflationsrate oder beim Zinsniveau.

Die **zweite Stufe** begann am 01. 01. 1994 und endete endgültig am 31. 12. 1998. In dieser Zeit mussten sich alle EU-Staaten bemühen, die strengen Aufnahmebedingungen für die dann folgende Währungsunion zu erfüllen. Es wurden vier solcher Bedingungen festgelegt, die sogenannten „Konvergenzkriterien“ bzw. „Maastrichter-Kriterien“.

Preisstabilität

Der Anstieg der Verbraucherpreise, gemessen mit dem Preisindex für die Lebenshaltung, darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Teuerungsrate der drei preisstabilsten EU-Länder liegen.

Beispiel

Bei der ersten Messung der Konvergenzkriterien 1998 wurde der Zeitraum von Februar 1997 bis Januar 1998 als Messzeitraum festgelegt. Die drei preisstabilsten Länder in diesem Messzeitraum waren Österreich mit einer Inflationsrate von 1,1 %, Frankreich mit 1,2 % und Irland mit 1,2 %. Die durchschnittliche Inflationsrate der drei preisstabilsten EU-Länder lag somit bei 1,17 %.

Folge

Der Schwellen- bzw. Referenzwert, an dem alle teilnehmenden Länder gemessen wurden, wurde auf 2,7 % (1,2 % gerundet plus 1,5 %) festgesetzt.

Haushaltsdisziplin

Das Kriterium Haushaltsdisziplin bezieht sich zum einen auf die Neuverschuldung, zum anderen auf den Schuldenstand. Das jährliche Haushaltsdefizit des Staats (Neuverschuldung) darf 3 % des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Der Gesamtschuldenstand des Staats darf nicht über 60 % des Bruttoinlandsprodukts liegen. Manche Staaten wurden zur Währungsunion zugelassen, obwohl der Gesamtschuldenstand des Staats oberhalb von 60 % lag. Allerdings musste ein deutlicher Abbau des Schuldenstands erkennbar sein.

Niedrige Zinsen

Die langfristigen Zinssätze dürfen nicht höher liegen als 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder.

Fortsetzung des Beispiels

Die drei preisstabilsten Länder, bei der Festlegung der Konvergenzkriterien 1998, waren Österreich, Frankreich und Irland. Der Zinssatz für langfristige Kredite betrug in Österreich 5,6 %, in Frankreich 5,5 % und in Irland 6,2 %.

Folge

Der Schwellen- bzw. Referenzwert wurde auf 7,8 % (5,8 % gerundet plus 2 %) festgesetzt.

Währungsstabilität

Ein weiteres Kriterium ist die Währungsstabilität. D.h. die Währung muss in den letzten zwei Jahren vor Eintritt in die Währungsunion gegenüber den anderen EU-Währungen stabil geblieben sein.

Mit Beginn der **zweiten Stufe** der Wirtschafts- und Währungsunion wurde das Europäische Währungsinstitut (EWI) gegründet, das den Aufbau der Europäischen Zentralbank vorbereitete. Es hatte seinen Sitz in Frankfurt am Main, wie heute auch die Europäische Zentralbank.

Der Zeitpunkt für den Beginn der **dritten Stufe** konnte zeitlich exakt im Maastrichter Vertrag nicht festgelegt werden. Geplant war, wenn die Mehrheit der Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien bis 1996 erfüllen würden, den Starttermin für die Währungsunion festzulegen. Anderenfalls

würde die Währungsunion spätestens 1999, gegebenenfalls auch mit weniger als der Mehrheit der Mitgliedstaaten beginnen.

Merke

Die Wirtschafts- und Währungsunion wurde in drei Stufen verwirklicht. Im Maastrichter Vertrag wurden sowohl die Bedingungen als auch der Zeitplan festgelegt.

Die vier Konvergenzkriterien, die für eine Teilnahme an der Währungsunion erfüllt sein müssen, lauten:

- Preisstabilität
- Haushaltsdisziplin (Neuerschuldung und Schuldenstand)
- Niedrige Zinsen
- Währungsstabilität

1998 entschied der Europäische Rat, wer ab Anfang 1999 an der Europäischen Währungsunion teilnehmen konnte. Großbritannien, Schweden und Dänemark verschoben die Entscheidung. Griechenland erfüllte nicht die fixierten Konvergenzkriterien. Alle anderen Länder traten der Europäischen Währungsunion bei.

Am ersten Tag der Währungsunion, am 01. 01. 1999, wurden die Wechselkurse der Währungen untereinander und zum Euro unwiderruflich festgelegt. Änderungen oder Schwankungen dieser Wechselkurse sind in der Währungsunion ausgeschlossen. Der Euro war nun offizielles Zahlungsmittel in der EU; wenn auch vorerst nur als Buchgeld. Damit war die Währungsunion in Kraft, der nach und nach alle weiteren EU-Staaten beitreten

können, sobald sie die Konvergenzkriterien erfüllen. Das Europäische Währungsinstitut, das die Vorarbeit für die Europäische Zentralbank geleistet hatte, beendete seine Tätigkeit. Die Europäische Zentralbank nahm ihre Arbeit auf und die nationalen Zentralbanken (z.B. die Deutsche Bundesbank) wurden zu Gliedern des von der Europäischen Zentralbank geleiteten Europäischen Systems der Zentralbanken. Die Einführung der Euro-Banknoten und Münzen (vgl. Punkt 5.2.4) erfolgte zum 01. 01. 2002. Nach einer Übergangszeit von sechs Monaten wurde der Euro am 01. 07. 2002 alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in den Staaten der Währungsunion.

Erweiterung der Währungsunion

Am 01. 01. 2001 wurde Griechenland Mitglied der Währungsunion, nachdem der Europäische Rat im Juni 2000 festgestellt hatte, dass auch Griechenland die Konvergenzkriterien erfüllte. Später wurde bekannt, dass Griechenland der EU gefälschte Statistiken vorgelegt hat.

Die 13 neuen EU-Mitgliedstaaten müssen ebenfalls die Maastricht-Kriterien erfüllen, bevor sie an der gemeinsamen Währung teilnehmen können. Im Unterschied zu Dänemark haben sie nicht die Möglichkeit, sich gegen einen Beitritt zur gemeinsamen Währung zu entscheiden. Die Kommission prüft gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank regelmäßig, inwieweit die neuen Mitgliedstaaten die Maastricht-Kriterien erfüllen (sogenannte Konvergenzberichte). Sobald diese Konvergenz hergestellt ist, kommt es zur Einführung des Euros in dem betreffenden Land. Am 01. 01. 2007 konnte Slowenien als erstes der Beitrittsländer den Euro einführen. Am 01. 01. 2008 folgten Malta und Zypern, am 01. 01. 2009 die Slowakei, am 01. 01. 2011 Estland, am 01. 01. 2014 Lettland und am 01. 01. 2015 Litauen. Zum 01. 01. 2023 trat Kroatien der Währungsunion bei.

5.2.3 Europäisches System der Zentralbanken

Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) wurde bereits im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 4“ beschrieben. Deshalb erfolgt an dieser Stelle nur eine kurze Zusammenfassung.

Das Europäische System der Zentralbanken nahm am 01. 01. 1999, zu Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, seine Tätigkeit auf. Das ESZB besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB), mit Sitz in Frankfurt am Main, und den nationalen Zentralbanken (NZB) der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das ESZB trägt seit 01. 01. 1999 die alleinige Verantwortung für die Geldpolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion; wobei die EZB die Richtlinien vorgibt und die NZB bei der Durchführung eingebunden sind. Die Europäische Zentralbank ist damit die alleinige Institution, die die Richtlinien für die Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion vorgibt.

Organe der EZB sind

- der EZB-Rat (Beschlussorgan),
- das Direktorium (ausführendes Organ) und
- der erweiterte Rat (Beratungsorgan).

Die wichtigste Aufgabe der EZB besteht darin, den Binnenwert des Euros in der Europäischen Union stabil zu halten. Alle anderen Aufgaben wie Geld- und Kreditversorgung der Volkswirtschaften, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Durchführung von Devisengeschäften und Beratung im Bereich der Bankenaufsicht haben sich der vorrangigen Aufgabe unterzuordnen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben stehen der Europäischen Zentralbank folgende Instrumente zur Verfügung:

- Offenmarktpolitik
- Mindestreservpolitik und
- ständigen Fazilitäten

Merke

Das Europäische System der Zentralbanken trägt die alleinige Verantwortung für die Geldpolitik der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Europäische Zentralbank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Die nationalen Zentralbanken (z.B. die Deutsche Bundesbank) wirken bei der Durchführung der Geldpolitik mit.

Mitglieder der Europäischen Währungsunion

Gründungsmitglieder (1999)	Weitere Mitglieder (Beitrittsjahr in Klammern)
• Belgien	• Griechenland (2001)
• Deutschland	• Slowenien (2007)
• Finnland	• Malta (2008)
• Frankreich	• Zypern (2008)
• Irland	• Slowakei (2009)
• Italien	• Estland (2011)
• Luxemburg	• Lettland (2014)
• Niederlande	• Litauen (2015)
• Österreich	• Kroatien (2023)
• Portugal	
• Spanien	

5.2.4 Der Euro – Europas Währung

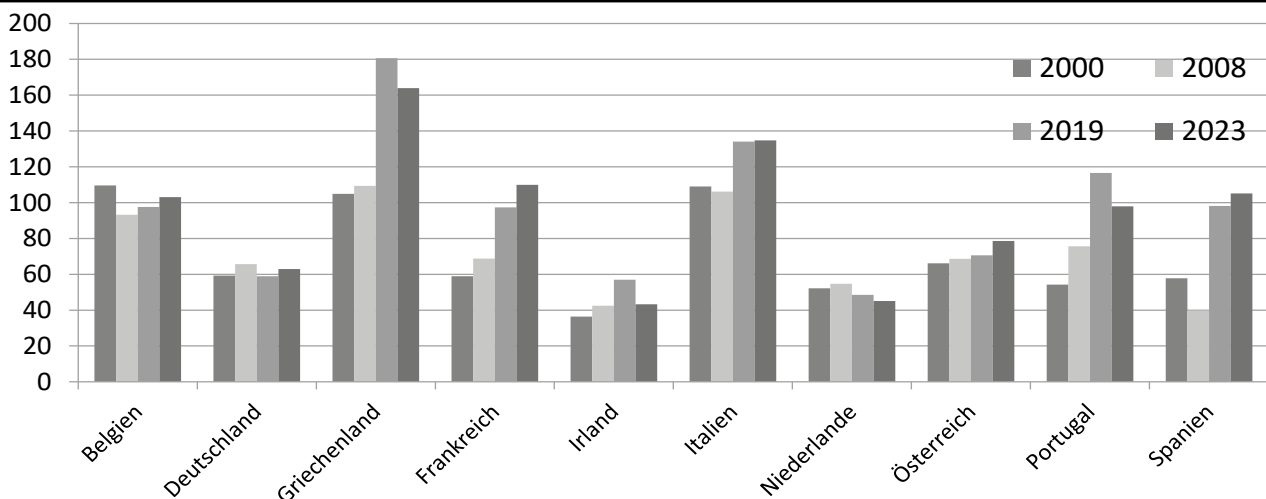
Euro-Cent-Münzen und Euro-Münzen

Die Münzen gibt es als 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Euro-Cent-Münzen sowie 1 und 2 Euro-Münzen. Der Münzwert ist deutlich in großen Ziffern eingepreßt. Während die drei kleinsten Euro-Cent-Münzen einen Globus zeigen, der Europas Lage in der Welt markiert, sind auf den drei größeren Euro-Cent-Münzen die Umrisse der EU-Staaten als ein Zusammenschluss abgebildet. Die beiden Euro-Münzen symbolisieren ein Europa ohne Grenzen, indem sie die gesamte Europäische Union ohne ihre Landesgrenzen veranschaulichen. Auf allen Geldstücken wird Europa durch

Sterne repräsentiert. Die Rückseite der Münzen kann jedes Land mit seinen eigenen nationalen Motiven gestalten, die jeweils von den EU-Sternen eingefasst werden.

Der Euro ist auch die Währung in drei kleinen Staaten, die zwar keine EU-Mitglieder, jedoch wirtschaftlich außerordentlich eng mit EU-Mitgliedstaaten verbunden sind (Monaco, San Marino und der Vatikanstaat). Diese drei Staaten geben jeweils auch eigene Euro-Münzen heraus. Darüber hinaus haben Montenegro und der Kosovo einseitig entschieden, den Euro als Landeswährung zu verwenden. Sie dürfen jedoch keine Euro-Münzen emittieren.

Entwicklung der Staatsverschuldung in ausgewählten Euro-Ländern (in % des BIP)



In vielen Mitgliedstaaten der Euro-Zone ist die Staatsverschuldung (Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Besonders starke Anstiege sind in Frankreich, Portugal und Spanien zu beobachten. Von den drei Staaten mit besonders hohem Schuldenstand im Jahr 2000 hat es nur Belgien geschafft, diesen Wert bis zum Jahr 2019 leicht zu verringern. Die höchste Verschuldung hat trotz eines teilweisen Schuldenerlasses Griechenland. Die COVID-19 Pandemie hat im Jahr 2020 in fast allen Staaten zu einem erheblichen Anstieg der Schuldenquote geführt.

Datenquelle: Eurostat.

Euro-Banknoten

Die Euro-Banknoten gibt es in den Stückelungen: 5, 10, 20, 50, 100, 200 und 500 €. Sie unterscheiden sich sowohl durch ihre Größe als auch durch ihre Farbe. Auf den Euro-Banknoten veranschaulichen Fenster, Tore und Brücken aus sieben verschiedenen Epochen der europäischen Kulturgeschichte den europäischen Geist der Offenheit und gegenseitigen Zusammenarbeit. In 2021 hat die EZB einen Prozess zur Neugestaltung der Banknoten gestartet, der in 2026 zu einer Entscheidung führen soll.

Seit Mai 2013 wird schrittweise die zweite Serie der Euro-Banknoten eingeführt, beginnend mit der 5-Euro-Note. Die neuen Banknoten weisen zusätzliche Sicherheitsmerkmale auf, die eine Fälschung weiter erschweren sollen. Im Jahr 2016 hat die EZB beschlossen, dass ab dem Jahr 2018 keine 500-Euro-Banknoten mehr ausgegeben werden. Die Banknoten bleiben jedoch weiterhin als gesetzliches Zahlungsmittel gültig.

Merke

Offizielles Zahlungsmittel der Währungsunion ist seit 01. 01. 1999 der Euro. Seit 01. 01. 2002 steht der Euro als Bargeld zur Verfügung, seit 01. 07. 2002 ist er alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel.

5.2.5 Vorteile und Risiken der Währungsunion

Mit der Währungsunion sind eine Reihe von Vorteilen, aber auch Risiken verbunden. Einige wichtige Aspekte wollen wir Ihnen im Folgenden kurz vorstellen:

Vorteile

- Die einheitliche Währung erleichtert den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und damit den grenzüberschreitenden Handel. Es entfällt der Aufwand, der im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen aus unterschiedlichen Währungsgebieten für die Umrechnung der Preise und den Umtausch der Währungen entsteht.
- Durch die einheitliche Währung werden die Preise innerhalb Europas für die Unternehmen und Haushalte transparenter. Somit ist es auch leichter möglich, Preisunterschiede zwischen den einzelnen europäischen Ländern zu nutzen und die Waren dort zu beziehen, wo sie am günstigsten sind. Hierdurch kommt es zu einer Angleichung der wirtschaftlichen Bedingungen zwischen den Mitgliedstaaten der Währungsunion.
- Für Unternehmen besteht eine höhere Planungssicherheit, da kein Wechselkursrisiko existiert.
- Für Haushalte wird das Reisen innerhalb der Mitgliedstaaten der Währungsunion und der Einkauf in Nachbarländern erleichtert, da kein Geldumtausch mehr erforderlich ist.
- Die gemeinsame Währung ist auch ein wichtiges Symbol für die Einheit Europas.

Insgesamt trägt eine Währungsunion zu wirtschaftlichem Wachstum und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

Risiken

- In einer Währungsunion entfällt die Möglichkeit, die Geldpolitik an unterschiedliche konjunkturelle Entwicklungen in den einzelnen Ländern anzupassen. Dadurch kann es zu einem Konflikt zwischen der Geldpolitik und der nationalen Wirtschaftspolitik kommen.
- In einer Währungsunion entfällt die Möglichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes durch eine Abwertung der eigenen Währung zu verbessern. Wenn ein Mitglied einer Währungsunion an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Mitgliedern verliert (z.B. durch zu hohe Lohnsteigerungen), kann dies nicht durch eine Abwertung der Währung kompensiert werden. Die einzige kurzfristige Möglichkeit zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit besteht dann in Lohnsenkungen, die politisch nur sehr schwer durchsetzbar sind.
- Speziell in der Bundesrepublik Deutschland war mit der Einführung des Euros die Befürchtung verbunden, dieser werde weniger stabil als die Deutsche Mark sein. 2022 und 2023 waren in Deutschland und anderen Ländern der EU infolge des Krieges in der Ukraine sowie der weltweiten Lieferengpässe deutlich steigende Preise zu beobachten.
- Gefahren für die Stabilität des Euros haben sich durch die zunehmende Staatsverschuldung in einigen Mitgliedstaaten ergeben. Der im Zusammenhang mit der Euro-Einführung auf Initiative Deutschlands 1997 geschlossene Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte durch eine Begrenzung der Staatsverschuldung zur Stabilität des Euros beitragen. Im Frühjahr 2005 wurden die Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts modifiziert. Die Staaten erhielten mehr Spielraum für eine höhere Verschuldung. Bei hoher

Staatsverschuldung kann sich der politische Druck auf die Europäische Zentralbank erhöhen, das Ziel der Preisstabilität weniger streng zu verfolgen. Im Jahr 2011 wurde angesichts der Erfahrungen mit der Euro-Krise (siehe hierzu den folgenden Punkt 5.2.6) eine weitere Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts beschlossen, die sich jedoch als wenig wirksam erwiesen hat. Insbesondere die hoch verschuldeten Mitgliedstaaten drängen zudem immer wieder auf eine Aufweichung der Regelungen zur Staatsschuldenbegrenzung. Im April 2024 sind neue Regelungen für den Stabilitäts- und Wachstumspakt in Kraft getreten. Es bleibt abzuwarten, ob diese die Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten wirksam bremsen können.

5.2.6 Die Euro-Krise

Angesichts der enormen Haushaltsdefizite, die einige Mitgliedstaaten der Währungsunion unter anderem als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 aufwiesen, geriet auch der Euro unter den Druck der Finanzmärkte. Wegen der rasch zunehmenden Verschuldung wuchsen die Zweifel an der Zahlungsfähigkeit einzelner Euro-Länder (insbesondere Griechenland). Diese konnten nur noch zu sehr hohen Zinsen Kredite aufnehmen, was wiederum ihre Finanzlage weiter verschlechterte. Es bestand die Gefahr, dass einzelne Euro-Staaten ohne Hilfe der anderen Mitglieder der Währungsunion zahlungsunfähig würden. In anderen Staaten, insbesondere Spanien und Irland, lag das Hauptproblem nicht in der Verschuldung des Staats, sondern im privaten Bereich (Immobilienmarkt bzw. Finanzsektor).

Die folgende Tabelle gibt Ihnen einen Überblick über wesentliche Ereignisse und Entwicklungen.

Mai 2010	Griechenland erhält einen Notfall-Kredit in Höhe von 110 Mrd. € (davon stammen 80 Mrd. € von anderen EU-Staaten und 30 Mrd. € vom Internationalen Währungsfonds (IWF)). Griechenland verpflichtet sich, seine Haushaltslage durch ein Spar- und Reformprogramm zu verbessern.
	Die EZB beginnt mit dem Ankauf von Staatsanleihen der Krisenstaaten.
Juni 2010	Die EU-Staaten richten den Euro-Rettungsschirm ein, der aus zwei Instrumenten besteht. Erstens dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), der es der EU ermöglicht, Hilfskredite bis zu 60 Mrd. € zu vergeben. Zweitens der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), die Kredite an EU-Mitgliedstaaten ermöglicht, die durch Finanzmittel und Bürgschaften anderer EU-Mitgliedstaaten sowie Mittel des IWF abgesichert werden (Gesamtvolumen 690 Mrd. €, davon 440 Mrd. € von den EU-Staaten).
November 2010	Irland nimmt als erster Staat den Euro-Rettungsschirm in Anspruch.
Mai 2011	Portugal nimmt den Euro-Rettungsschirm in Anspruch.
Juli 2011	Die Finanzmittel für Griechenland werden aufgestockt. Private Gläubiger müssen auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten.
Oktober 2011	Die Garantiemittel für den EFSF werden aufgestockt (neues Volumen: 780 Mrd. €).
März 2012	Ein weiteres Rettungspaket für Griechenland wird beschlossen.
Juni 2012	Spanien beantragt Hilfskredite beim Europäischen Rettungsschirm, um das inländische Bankensystem mit neuen Finanzmitteln ausstatten zu können.
Juli 2012	Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einem Stammkapital von 700 Mrd. €. Der ESM löst ab Juli 2013 die befristeten Instrumente EFSM und EFSF ab.
September 2012	Die EZB verkündet, dass sie im Prinzip unbegrenzte Mittel aufwenden wird, um unter bestimmten Bedingungen Staatsanleihen europäischer Krisenstaaten aufzukaufen. Dieses Programm trägt die Bezeichnung Outright Monetary Transactions (OMT).
März 2013	Zypern erhält Mittel aus dem Europäischen Rettungsschirm. Ziel ist die Stützung des Bankensystems.
Dezember 2013	Irland verlässt als erstes Land planmäßig das Rettungsschirmprogramm. Auch das Hilfsprogramm für Spanien endet.
Mai 2014	Das Hilfsprogramm für Portugal wird planmäßig beendet.
August 2015	Nach langen und kontroversen politischen Diskussionen beschließt die Eurogruppe ein drittes Hilfsprogramm für Griechenland mit einem Volumen von 86 Mrd. €.
März 2016	Das Hilfsprogramm für Zypern wird beendet.
August 2018	Das Hilfsprogramm für Griechenland wird offiziell beendet. Dies bedeutet, dass Griechenland neue Kredite am Kapitalmarkt aufnehmen muss.

Im Januar 2015 hat die EZB beschlossen, dass ab März 2015 jeden Monat Anleihen der Mitgliedstaaten sowie europäischer Institutionen (z.B. Europäische Investitionsbank) für 60 Mrd. € gekauft werden sollen, um einen weiteren Rückgang der Inflationsrate zu verhindern. Das Programm wurde zweimal verlängert, zwischenzeitlich ausgesetzt und Ende des Jahres 2019 mit einem Volumen von 20 Mrd. € monatlich wieder aufgenommen. Die Käufe teilten sich gemäß dem Anteil der Mitgliedstaaten am Kapital der EZB auf, der größte Anteil entfiel folglich auf deutsche Staatsanleihen. Kritiker des Ankaufsprogramms weisen unter anderem darauf hin, dass durch diese Maßnahme die Zinsbelastung der Staatshaushalte sinkt, sodass die Anreize zu Reformmaßnahmen in den hoch verschuldeten Euro-Mitgliedstaaten abnehmen.

Die COVID-19-Pandemie hat im Frühjahr 2020 zu einem dramatischen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität in Europa geführt. Neben der Fiskalpolitik, die unter Pkt. 6 genauer betrachtet wird, wurden im Rahmen der Geldpolitik der EZB zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu begrenzen. In der frühen Phase der Pandemie wurden insbesondere die Geschäftsbanken mit zusätzlicher Liquidität ausgestattet, auch um auf diesem Weg die Kreditvergabe an Private zu unterstützen. Zudem wurden die Ankäufe von Wertpapieren, insbesondere Staatsanleihen, wieder erheblich ausgeweitet. Angesichts der hohen Inflation hat die EZB ab Mitte 2022 keine zusätzlichen Staatsanleihen mehr gekauft. Die Mitgliedstaaten mussten sich folglich wieder vermehrt über den Kapitalmarkt finanzieren. Da von privaten Investoren das Ausfallrisiko einzelner Staaten unterschiedlich eingeschätzt wird, kam es zu deutlichen Zinsunterschieden. Die EZB hat daraufhin entschieden, die Anteile der von ihr gehaltenen Staatsanleihen aus den Ländern, die am Markt hohe Zinsen zahlen müssen, zu erhöhen. Diese Politik der EZB wird deutlich kritisiert, da sie die Anreize für eine stabilitätsorientierte

Haushaltspolitik dieser Staaten schwächt und zudem den Verdacht nährt, die EZB verfolge eine von ihrem Mandat nicht gedeckte und letztlich die Preisniveaustabilität gefährdende Staatsfinanzierung.

Die verschiedenen Instrumente, die im Zuge der Euro-Krise zum Einsatz kamen, sind komplex und teilweise wenig transparent. Zudem ist zwischen Hilfszusagen und ausgezahlten Mitteln zu unterscheiden. Grundsätzlich lassen sich die Maßnahmen in drei Gruppen einteilen. Erstens sind Hilfskredite an die Krisenstaaten vergeben worden, teilweise direkt durch die EU-Mitgliedstaaten, teilweise durch neue Institutionen wie den ESM, hinter denen wiederum die EU-Mitgliedstaaten stehen. Zweitens hat die Europäische Zentralbank in großem Umfang Anleihen der Krisenstaaten gekauft. Drittens erfolgt eine Finanzierung der Krisenstaaten über den TARGET-Mechanismus der EZB (siehe hierzu die Ausführungen am Ende dieses Kapitels). Für die Kredite sowie für das EZB-Programm zum Anleihenkauf gilt grundsätzlich die Voraussetzung, dass sich die Staaten zu Spar- und Reformprogrammen verpflichten müssen, deren Umsetzung durch die EU überwacht wird.

Generell stellt sich die Frage, durch welche institutionellen Regelungen Finanzkrisen einzelner Euro-Staaten zukünftig verhindert werden können. Zwar sieht der EU-Vertrag vor, dass Mitgliedstaaten nicht für die Schulden anderer Staaten haften (sogenannte No-bail-out-Klausel). Die Ereignisse seit 2010 haben jedoch gezeigt, dass sich dies in Krisenzeiten kaum durchhalten lässt. Es wird daher befürchtet, dass sich die Währungsunion zu einer Transferunion entwickelt, in der die

wirtschaftlich schwächeren Staaten dauerhaft Hilfen von den wirtschaftlich stärkeren Staaten erhalten.

Schließlich stellt sich ganz grundsätzlich die Frage einer stärkeren Abstimmung und Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten der Währungsunion.

Im März 2012 haben 25 der damals 27 Mitgliedstaaten der EU den sogenannten Fiskalpakt vereinbart, der striktere Sparvorgaben für die Unterzeichnerländer vorsieht. Der Fiskalpakt trat Anfang 2013 in Kraft. Vorgesehen ist insbesondere eine Begrenzung des zulässigen konjunkturbereinigten Defizits der Unterzeichnerstaaten auf 0,5 % des BIP. Bei hohen Defiziten ist die automatische Einleitung eines Sanktionsverfahrens vorgesehen, das jedoch von einer qualifizierten Mehrheit im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister gestoppt werden kann. Die Teilnahme am Fiskalpakt ist Voraussetzung für den Erhalt von Hilfen aus dem ESM.

Der frühzeitigen Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik in der EU dient das sogenannte Europäische Semester. Die Grundidee besteht darin, während der ersten sechs Monate eines Jahres (Semester) auf der europäischen Ebene die Kernelemente der Wirtschafts- und Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten abzustimmen, bevor die Mitgliedstaaten in der zweiten Jahreshälfte die Haushalte aufstellen und beschließen. Die Haushaltshoheit liegt jedoch nach wie vor bei den nationalen Parlamenten. Es bleibt abzuwarten, ob die neuen Regelungen eine stärkere Bindungswirkung entfalten als vorherige Vorgaben für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten.

Die krisenhaften Ereignisse seit 2010 haben die Gefährdungen der Europäischen Währungsunion deutlich erkennen lassen. Zwar konnte durch die massive Bereitstellung von Kreditmitteln und die Maßnahmen der EZB die Krise begrenzt werden, eine dauerhafte Lösung der Probleme, die durch die hohe Staatsverschuldung oder die Gefahr des Zusammenbrechens des Finanzsektors einzelner Länder entstanden ist, steht jedoch noch aus. Unter anderem werden die folgenden Vorschläge kontrovers diskutiert:

• Eurobonds

Als Eurobonds werden gemeinsame Anleihen aller Mitgliedstaaten der Währungsunion bezeichnet, wobei unterschiedliche Ausgestaltungen vorgeschlagen werden. Befürworter von Eurobonds heben hervor, dass Spekulationen gegen die Anleihen einzelner Staaten bei Eurobonds nicht mehr möglich seien, sodass von Seiten der Finanzmärkte kein Druck mehr aufgebaut werden könnte. Kritisiert wird zum einen, dass die Einführung von Eurobonds der Verschuldung der Mitgliedstaaten Vorschub leisten würde, da diese keine negativen Auswirkungen einer überhöhten Verschuldung zu befürchten hätten. Zum anderen ist aus der Sicht der wirtschaftlich stabileren Staaten, beispielsweise Deutschland, bedeutsam, dass der einheitliche Zinssatz für Eurobonds höher sein würde als der Zinssatz für Staatsanleihen eines finanzpolitisch relativ soliden Landes. Für die öffentlichen Haushalte in den stabileren Staaten bedeuten Eurobonds somit eine erhebliche Zusatzbelastung. Zudem würden die stabileren Staaten automatisch für die Schulden der wirtschaftlich schwächeren Staaten haften.

• **Austritt einzelner Staaten aus der Währungsunion**

Speziell mit Blick auf die Situation Griechenlands während der Euro-Krise wird mitunter die Schaffung eines geordneten Verfahrens zum Austritt aus der Währungsunion gefordert. Die Staaten könnten über eine Abwertung ihrer (dann wieder eingeführten) nationalen Währung an Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten gewinnen. Kritisch werden ggf. auftretende Probleme der Umstellung (z.B. Kapitalflucht bei Ankündigung eines Austritts) gesehen. Zudem würden die Altschulden des Landes weiterhin auf Euro lauten, sodass das Verschuldungsproblem durch den Austritt allein nicht gelöst werde.

• **Geordnete Staatsinsolvenz**

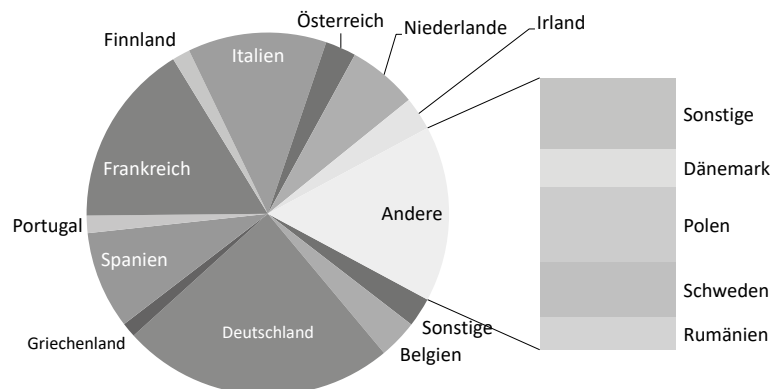
Um zu verhindern, dass eine exzessive Staatsverschuldung einzelner Länder letztlich von den anderen EU-

Mitgliedstaaten getragen werden muss, wird vorgeschlagen, dass bei einer Zahlungsunfähigkeit einzelner Staaten (Staatsinsolvenz) zunächst die jeweiligen Kreditgeber haften. Nur falls die hierdurch entstehenden gesamtwirtschaftlichen Risiken zu groß wären, würden die anderen Staaten zu Hilfsmaßnahmen verpflichtet, deren Ausmaß jedoch eng begrenzt wäre, beispielsweise als bestimmter Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts. Eine solche Regelung würde die Zinsen derjenigen Länder wieder ansteigen lassen, die eine hohe Verschuldung aufweisen. Insofern ist fraglich, ob sich hierfür in der EU eine politische Mehrheit finden lässt. Insbesondere für Griechenland ist zudem bedeutsam, dass inzwischen ein erheblicher Teil der Kredite durch die anderen EU-Staaten sowie (indirekt) durch die EZB gewährt wurden, sodass auch eine Staatsinsolvenz in erheblichem Maße zulasten der Haushalte der anderen EU-Mitgliedstaaten ginge.



Wirtschaftskraft in der Eurozone

(Anteile am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023)



Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Mitgliedstaaten umfasst die Eurozone 84 % der europäischen Wirtschaftskraft. Dabei entfallen auf die vier größten Euro-Länder (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) rund 73 % des BIP der Währungsunion. Größte Nichtmitglieder der Währungsunion waren 2023 Polen und Schweden.

Datenquelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

TARGET

Besonders kontrovers wird wirtschaftswissenschaftlich diskutiert, inwieweit die sogenannten Target-Salden ein zusätzliches Risiko für die wirtschaftlich stärkeren Euro-Mitgliedsländer darstellen. Das Target-System dient innerhalb der Europäischen Währungsunion zum Ausgleich von Forderungen und Verbindlichkeiten der einzelnen nationalen Zentralbanken gegenüber der EZB. Nach dem Ausbruch der Euro-Krise wurden die Importüberschüsse von Staaten wie Griechenland nicht mehr, wie zuvor, durch Kredite zwischen den Geschäftsbanken finanziert, da den Geschäftsbanken in Staaten wie Deutschland und den Niederlanden das Risiko einer Kreditvergabe an beispielsweise griechische Banken zu hoch war. Das Leistungsbilanzdefizit Griechenlands, d.h. die Differenz zwischen den Ausgaben für Importe und den Exporterlösen, wird seitdem durch das Target-System, also durch Forderungen der EZB an die griechische Zentralbank finanziert. Sollte Griechenland aus der Währungsunion ausscheiden, müssten diese Kredite wohl abgeschrieben werden. Absolut hohe Target-Verbindlichkeiten weisen derzeit Spanien und Italien auf.

Verfolgen Sie zu diesen Diskussionspunkten auch die aktuellen Meldungen in der Tagespresse.

Merke

Vorteile der Währungsunion sind:

- Kostensenkungen im Zahlungsverkehr
- höhere Markttransparenz für die Unternehmen und Haushalte
- Wegfall der durch Wechselkursschwankungen bedingten Planungsunsicherheit

Risiken der Währungsunion sind:

- mögliche Konflikte zwischen einheitlicher Geldpolitik und nationaler Wirtschaftspolitik
- fehlende Geldwertstabilität, wenn Regierungen aufgrund hoher Staatsdefizite politischen Druck auf die EZB ausüben
- Haftung der anderen Mitgliedstaaten für Schulden von Krisenländern

5.3 Übungen zum Lernabschnitt 5

Übung 17

Erläutern Sie, was man unter dem Begriff „Konvergenzkriterien“ versteht.

Übung 18

Nennen Sie die Konvergenzkriterien, die die Staaten, die der Währungsunion beitreten wollten, erfüllen mussten.

6 Haushalt der Europäischen Union

Übung 19

Erläutern Sie, was eine Währungsunion ist.

Übung 20

Erläutern Sie, woraus das Europäische System der Zentralbanken besteht.

Übung 21

Nennen Sie das Ziel, welches die Europäische Zentralbank vorrangig zu verfolgen hat.

Übung 22

Erläutern Sie, warum sowohl in den Konvergenzkriterien als auch im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt besonderen Wert auf eine Begrenzung der Staatsverschuldung gelegt wird.

Jeder Staat hat die Finanzhoheit, also das hoheitliche Recht Steuern und sonstige Abgaben einzunehmen und über deren Verwendung zu bestimmen. Die EU verfügt zwar über eigene Einnahmen und legt im Haushaltsplan fest, wofür diese Gelder verwendet werden, aber die EU ist kein Staat. D.h. die EU hat keine Finanzhoheit und kann somit auch keine Steuern erheben. Die Eigenmittel der EU werden von den einzelnen Mitgliedstaaten erhoben und dann an die EU abgeführt.

Der jährliche Haushalt der EU ist eingebettet in einen Mehrjährigen Finanzrahmen, der jeweils für einen Zeitraum von sieben Jahren Höchstgrenzen für die Einnahmen und Ausgaben der EU festlegt. Der Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 sieht eine Obergrenze von 1,46 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Ausgabeverpflichtungen bzw. 1,4 % für Ausgaben vor. Für den vorherigen Finanzrahmen lag die Obergrenze noch bei 1,23 % des BNE. Obwohl die absolute Veränderung gering wirkt, entspricht dies einem Anstieg um mehr als 18 %. Hinzu kommen die Mittel aus dem sogenannten Aufbaufonds, damit erhöht sich die Obergrenze vorübergehend auf 2,0 % des BNE (vgl. Punkt 6.3 dieses Lernbriefs).

6.1 Einnahmenseite

Die Eigenmittelfinanzierung sieht traditionell vier Haupteinnahmequellen für den Haushalt der EU vor:

- Zölle:
werden im Handel mit Drittstaaten erhoben.

- Zuckerabgaben:
werden bei Zuckerimporten aus Drittstaaten erhoben.
- Mehrwertsteuer Eigenmittel:
Die Mitgliedstaaten haben einen prozentual festgelegten Anteil an einer statistisch erfassbaren Summe, die „Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage“ genannt wird, an die EU abzuführen. Die Summe wird in jedem EU-Land nach der gleichen Methode errechnet und entspricht in etwa dem Konsum in dem jeweiligen Land. Der Anteil, der an die EU abzuführen ist, beträgt derzeit 0,3 %.
- BNE-Eigenmittel der Mitgliedstaaten:
Die Mitgliedstaaten zahlen einen ergänzenden Beitrag, dessen Höhe sich am jeweiligen Bruttonationaleinkommen orientiert. Dieser Betrag soll nur ergänzend herangezogen werden, wenn die anderen Einnahmequellen den Finanzbedarf der Gemeinschaft nicht decken können. Da die anderen Einnahmequellen in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung verloren haben, stellen die BNE-Einnahmen mittlerweile den Löwenanteil der Gesamteinnahmen dar (über 80 %).

In den kommenden Jahren soll das System der Eigenmittel schrittweise erweitert werden. Als erstes neues Instrument kamen ab 2021 Eigenmittel hinzu, deren Höhe sich auf die Menge an nicht recyceltem Kunststoff bezieht, die in den jeweiligen Ländern angefallen ist. Der Satz beträgt 0,80 € pro Kilogramm, wobei für insgesamt

17 von 27 EU-Mitgliedstaaten Ermäßigungen festgelegt wurden (primär Staaten aus Süd- und Osteuropa). Weitere zusätzliche Eigenmittelquellen sollen in den kommenden Jahren eingeführt werden. Dabei handelt es sich insbesondere um eine „Digitalabgabe“ sowie einen „CO₂-Grenzausgleich“, eine Abgabe, die unter bestimmten Voraussetzungen auf den Import von Gütern erhoben werden soll, bei deren Herstellung Kohlendioxid emittiert wird.

Weitere Einnahmen der EU sind Überschüsse aus Vorjahren, Zinserträge, Mieteinnahmen sowie Buß- und Zwangsgelder. Der Haushalt der EU muss vollständig aus diesen Mitteln finanziert werden, eine Kreditaufnahme ist außerhalb des Aufbaufonds nicht zulässig.

Deutschland trägt aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke den größten Anteil aller Mitgliedstaaten am europäischen Gesamthaushalt. 2023 betrug der deutsche Anteil an den Gesamteinnahmen der EU beispielsweise über 20 %. Zwar ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Mittel nach Deutschland zurückfließt, z.B. in Form von Finanzhilfen zum Aufbau der Infrastruktur in den neuen Ländern. Dennoch gehört Deutschland zu den sogenannten Nettozahlern der EU, der deutsche Nettobeitrag belief sich im Jahr 2023 auf rund 17,4 Mrd. €. Größter Nettoempfänger im Jahr 2023 war Polen mit rund 8 Mrd. €, gefolgt von Rumänien und Ungarn.

Merke

Die Europäische Union besitzt keine Finanzhoheit, sie verfügt jedoch über eigene Einnahmen. Die Einnahmen werden von den Mitgliedstaaten erhoben und an die Europäische Union abgeführt.

Zu den Einnahmen der Europäischen Union zählen Zölle und zollähnliche Abgaben, die Kunststoffabfallabgabe, Anteile an den Mehrwertsteuereinnahmen und Mittel gemäß dem Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten.

6.2 Ausgabenseite

Für Zahlungen stehen der EU in 2025, wie bereits erläutert, definierte Einnahmen zur Verfügung. Darüber hinaus kann die EU Verpflichtungen für zukünftige Zahlungen eingehen.

Die Ausgaben der EU werden im Haushalt 2025 in insgesamt sieben Rubriken eingeteilt (Differenz durch Rundungen):

• Binnenmarkt, Innovation und Digitales	20,5 Mrd. €
• Zusammenhalt, Resilienz und Werte	44,4 Mrd. €
• Natürliche Ressourcen und Umwelt	52,1 Mrd. €
• Migration und Grenzmanagement	3,2 Mrd. €
• Sicherheit und Verteidigung	2,1 Mrd. €
• Nachbarschaft und die Welt	14,4 Mrd. €
• Europäische öffentliche Verwaltung	12,8 Mrd. €
• Thematische besondere Instrumente	5,6 Mrd. €

Die Rubrikenbezeichnungen sind teilweise selbsterklärend, teilweise jedoch auch interpretationsbedürftig. In der Rubrik „Binnenmarkt, Innovation und Digitales“ fließt deutlich mehr als die Hälfte der Mittel in Forschungsaufwendungen, insbesondere das Forschungsförderprogramm „Horizon Europe“. Hinzu kommen Mittel für europäische Infrastrukturprojekte, etwa im Verkehrs- und Energiebereich.

In der Rubrik „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“ sind insbesondere die Mittel für die regionalpolitischen Programme der EU enthalten (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung sowie Kohäsionsfonds) sowie der Europäische Sozialfonds. Zusammen werden für diese Fonds rund 90 % der Ausgaben dieser Rubrik verwendet. Zu den verbleibenden kleineren Ausgabenpositionen gehört auch das europäische Austauschprogramm für Studierende (Erasmus).

In der Rubrik „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ wird der weitaus größte Teil der Mittel für die europäische Agrarpolitik verwendet. Für Umwelt- und Klimaschutz sind explizit etwas mehr als zwei Mrd. € eingeplant, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Zahlungen im Rahmen der Agrarpolitik auch teilweise ökologische Zielsetzungen verfolgen.

Die Mittel für Verpflichtungen liegen um rund 43 Mrd. € über den Mitteln für Zahlungen. Von diesen zusätzlichen Mitteln entfallen rund 33,6 Mrd. € auf die Rubrik „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“.

Merke

Die Ausgaben der Europäischen Union ergeben sich aus den Ausgaben, die ihr von den Mitgliedstaaten übertragen wurden. Dazu gehören z.B. Ausgaben für die Agrar-, Struktur-, Regional-, Sozial- und Entwicklungspolitik sowie Ausgaben für Forschung, Technologie, Verbraucherschutz, Bildung, Jugend und Kultur.

6.3 Aufbaufonds der EU

Im Jahr 2020 wurde angesichts der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie unter dem Namen „Next Generation EU“ ein Investitionsprogramm der EU beschlossen. Der Aufbaufonds wird zusätzlich zum regulären Haushalt aufgelegt und die Mittelverwendung soll auch allgemeinen Zielen der EU (z.B. Klimaschutz, Digitalisierung) dienen. Das Programm hat ein Volumen von 750 Mrd. € (in Preisen des Jahres 2018). Die Mittel sollen zum Teil als Zuschüsse (rund 390 Mrd. €), zum Teil als Kredite an die Mitgliedstaaten vergeben werden. Die Finanzierung erfolgt über eine Kreditaufnahme der EU, die bis zum Jahr 2026 erfolgen kann und deren Rückzahlung spätestens im Jahr 2058 abgeschlossen sein soll. Die Kredittilgung für die Zuschüsse erfolgt durch Eigenmittel der Mitgliedstaaten, die Eigenmittelobergrenze wird für diesen Zweck angehoben.

Es bleibt abzuwarten, ob es sich bei diesem kreditfinanzierten Programm tatsächlich, wie bei der Beschlussfassung vereinbart, um eine einmalige Kreditaufnahme angesichts einer besonderen Notsituation handelt, oder ob in der Zukunft weitere kreditfinanzierte Programme der EU folgen werden, für deren Rückzahlung letztlich die Mitgliedstaaten haften.

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des Programms wird es sein, dass die Mitgliedstaaten die zusätzlichen Mittel in geeigneter Weise zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verwenden. Die entsprechenden Ausgabenprogramme sollen von der EU gründlich geprüft werden, um eine zweckmäßige Mittelverwendung sicherzustellen.

6.4 Übungen zum Lernabschnitt 6

Übung 23

Stellen Sie dar, auf welchem Weg die EU ihre Haushaltsmittel erhält.

Übung 24

Nennen Sie die wichtigsten Posten auf der Einnahmenseite des EU-Haushalts.

Übung 25

Nennen Sie Zwecke, wofür die EU ihre Einnahmen verwendet.

7 Arbeitsfelder der Europäischen Union

Der Vertrag von Maastricht hat der EU Aufgaben in Politikbereichen übertragen, die wesentlich weiter gehen als die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Darin wurde festgelegt, in welchen Bereichen die EU eigenmächtig tätig werden darf, in welchen Bereichen mit den Nationalstaaten eng zusammengearbeitet werden muss und in welchen Bereichen die Mitgliedstaaten nach wie vor das alleinige Sagen haben. Im Vertrag von Lissabon wurden die Aufgabengebiete der EU weiter ausgebaut. Nachfolgend erhalten Sie einen Überblick über die wichtigsten Arbeitsfelder der EU.

7.1 Außen- und Sicherheitspolitik

Seit mehr als 50 Jahren arbeiten die Regierungen der EU-Staaten in der Außenpolitik zusammen. Bereits 1969 wurde diese Zusammenarbeit in dem Vertrag „Europäische Politische Zusammenarbeit“ vereinbart. 1986 wurde diese Zusammenarbeit in der „Einheitlichen Europäischen Akte“ (EEA) völkerrechtlich verbindlich geregelt. Im Vertrag über die Europäische Union ging man einen Schritt weiter. Vom vereinbarten Bemühen um eine gemeinsame Außenpolitik kam man zum verbindlichen Beschluss, eine „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) zu erarbeiten und zu verwirklichen.

Bei der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ verfolgt jeder EU-Staat zunächst seine eigene Außenpolitik, holt jedoch die Standpunkte der übrigen EU-Staaten ein und berücksichtigt diese bei seinen Überlegungen. Bei Fragen von allgemeiner Bedeutung unterrichten sich die Partner in den GASP-Gremien und stimmen ihr Verhalten aufeinander ab. Falls erforderlich, legt man zu bestimmten Fragen einen gemeinsamen Standpunkt fest. Grundsätzlich müssen die einzelnen EU-Staaten dafür sorgen, dass ihre nationale Außenpolitik mit den gemeinsamen Standpunkten in Einklang steht.

Merke

Ein Arbeitsfeld der Europäischen Union ist die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP). Jeder EU-Mitgliedstaat verfolgt grundsätzlich seine eigene Außenpolitik; die Standpunkte bzw. Beschlüsse der Europäischen Union werden dabei jedoch berücksichtigt.

7.2 Agrarpolitik

Der Agrarsektor ist seit vielen Jahrzehnten ein Schwerpunkt der Europäischen Politik. Die grundsätzlichen Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik sind im AEU-Vertrag wie folgt formuliert:

- Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft
- Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens in der Landwirtschaft
- Stabilisierung der Märkte (d.h. verringerte Störungen durch Preisschwankungen)
- Sicherstellung der Versorgung
- angemessene Verbraucherpreise

Ein wesentliches Instrument der europäischen Agrarpolitik waren über viele Jahrzehnte die garantierten Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte. Um innerhalb Europas ein hohes Preisniveau zu halten, wurden unter anderem Importe aus dem außereuropäischen Raum durch Zölle verteuert. Die Folge der Mindestpreispolitik waren immer weiter steigende Überschüsse, die zu den sprichwörtlichen Butterbergen, Milchseen etc. geführt haben. Diese Überschüsse wurden teilweise vernichtet oder subventioniert in andere Staaten verkauft. An dieser Politik wurden nicht nur die hohen Kosten für Europa in Form von Steuern und höheren Nahrungsmittelpreisen kritisiert, sondern auch die negativen Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Märkte in den Importländern.

Nach zähen Verhandlungen wurde schließlich eine mehrstufige Reform der europäischen Agrarpolitik beschlossen. Die Mindestpreise wurden für viele landwirtschaftliche Produkte abgesenkt, im Gegenzug erhalten die landwirtschaftlichen Betriebe eine produktionsunabhängige Prämie. Die Höhe der staatlichen Zahlungen wird damit von der Erzeugung entkoppelt. Um die Prämie zu erhalten, müssen die Betriebe zudem bestimmte Normen in den Bereichen Tierschutz, Umweltschutz und Arbeitsschutz erfüllen („Cross-Compliance“). Hinzu kommt eine verstärkte Förderung von Projekten zur Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft, z.B. im Tourismus.

Merke

Die Agrarpolitik ist eines der ältesten Arbeitsfelder der EU. Nach wie vor fließt ein erheblicher Teil der europäischen Haushaltsmittel in den Agrarbereich. Durch eine umfassende Agrarreform wurde versucht, Fehlentwicklungen zu vermeiden.

7.3 Regionale Strukturpolitik

Insgesamt ist die EU eine große und starke Wirtschaftsmacht. Die Unterschiede im Lebensstandard innerhalb der EU waren jedoch bereits vor der Ost-Erweiterung recht groß. In den reichen Mitgliedsländern liegt das Pro-Kopf-Einkommen um ein Viertel höher als im Durchschnitt der EU; in den armen Mitgliedsländern wird gerade die Hälfte des Durchschnitts erreicht. Die Wirtschaftskraft der EU ist auf verhältnismäßig kleine Räume konzentriert. Diese Wirtschaftsräume machen zusammen etwa 10 % der Gesamtfläche der EU aus. In diesen 10 % der Wirtschaftsräume lebt ein Drittel der Gesamtbevölkerung der EU und verdient mehr als die Hälfte des Gesamteinkommens.

Im Zuge der Osterweiterung wurde die Kluft zwischen den wohlhabenden Mitgliedstaaten und den wirtschaftlich schwächer gestellten Mitgliedstaaten noch größer. Das Durchschnittseinkommen in den neuen EU-Mitgliedstaaten erreichte anfänglich nur 40 % des Einkommens in den bisherigen Mitgliedstaaten. Die EU versteht sich als Solidargemeinschaft, in der die wohlhabenden Mitgliedstaaten und Regionen den weniger entwickelten helfen, ihren Rückstand aufzuholen. Hier geht es vorrangig um den Ausgleich der vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Divergenzen in der Union.

Diesem Zweck dient die regionale Strukturpolitik. Unter Strukturen versteht man ganz allgemein die äußeren, materiellen Bedingungen, die der Mensch schafft, um einen Raum wirtschaftlich nutzen zu können. Im Rahmen der regionalen Strukturpolitik will die EU vor allem den Regionen helfen, die bisher noch nicht so entwickelt sind, wie es dem heutigen Durchschnitt der EU entspricht. Dazu gehören nach wie vor auch die neuen Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Die regionale Strukturpolitik der EU verfolgt drei Ziele:

- Konvergenz

In Mitgliedstaaten und Regionen mit besonders großem Entwicklungsrückstand sollen die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert werden. Durch wirtschaftliches Wachstum können diese Regionen zu den wirtschaftlich starken Regionen aufschließen.

- Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

Bei diesem Ziel geht es um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Beschäftigung und der Attraktivität aller Regionen in der EU.

- Europäische territoriale Zusammenarbeit

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa soll gefördert werden.

Merke

Das Arbeitsfeld regionale Strukturpolitik dient dazu, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten auszugleichen. Darüber hinaus sollen generell die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung in der EU verbessert werden.

Die zentralen strukturpolitischen Instrumente der EU sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF). Aus Mitteln des EFRE werden unter anderem Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Umweltschutz und Verkehrsinfrastruktur gefördert. Der ESF ist stärker auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet. Darüber hinaus werden aus Mitteln des Kohäsionsfonds Projekte in den Mitgliedstaaten mit unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen gefördert. Die Fonds sind generell nach dem Prinzip der Kofinanzierung gestaltet, d.h., eine Förderung aus Mitteln der EU erfolgt nur, wenn auch nationale Mittel zur Verfügung gestellt werden.

7.4 Umwelt- und Klimapolitik

Die Umweltpolitik gehört schon seit mehreren Jahrzehnten zu den wichtigen Arbeitsbereichen der Europäischen Union. Dabei lassen sich mehrere Politikbereiche unterscheiden.

Erstens besteht ein enger Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Integration und dem Umweltschutz. Wie unter Punkt 5.1 dargestellt, gibt es innerhalb der EU keine Handelshemmnisse. Damit Umweltschutzziele wirksam erreicht werden können, bedarf es daher gemeinsamer Umweltstandards für Produkte. Einige dieser Standards sind Ihnen möglicherweise bereits bekannt, insbesondere die Abgasstandards für Kraftfahrzeuge, die häufig auch als Euro-Normen bezeichnet werden. Auch für Produktionsprozesse sollten in einem Binnenmarkt keine zu großen Unterschiede bei den Umweltnormen bestehen, sonst haben diejenigen Staaten mit besonders niedrigen Umweltstandards einen Vorteil im Wettbewerb.

Zweitens ist es angesichts des Zusammenwachsens der europäischen Staaten naheliegend, dass auch die Umweltqualitätsziele angeglichen werden, um so möglichst gleiche Mindestbedingungen für die Menschen in den EU-Mitgliedstaaten festzulegen. Ein Beispiel sind die europäischen Standards zur Luftqualität oder die Initiativen zur Verringerung der Lärmbelastung. Mit welchen Maßnahmen diese Ziele erreicht werden, kann jedoch weiterhin in erheblichem Maße von den Mitgliedstaaten entschieden werden.

Drittens ist insbesondere beim Klimawandel offensichtlich, dass der Schutz des Klimas nur von einer möglichst

großen Zahl von Staaten gemeinsam ermöglicht werden kann. Bereits seit dem Jahr 2005 existiert das europäische Emissionsrechtehandelssystem, das eine Begrenzung des Ausstoßes von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen sicherstellt. In den Emissionsrechtehandel sind alle industriellen Großemittenten sowie der innereuropäische Luftverkehr einbezogen. Bis zum Jahr 2027 soll der Emissionsrechtehandel auf alle anderen Wirtschaftssektoren sowie den Straßenverkehr und die CO₂-Emissionen in Gebäuden (Heizung, Warmwasser) ausgeweitet werden. Auch die oben bereits angesprochenen Umweltstandards beziehen sich inzwischen häufig auf Klimaschutzziele, etwa die Begrenzung des Energieverbrauchs von Haushaltsgeräten.

Im Jahr 2020 wurde von den EU-Staaten der „Green Deal“ beschlossen. Dieses Programm hat sich zum Ziel gesetzt, dass durch eine Vielzahl von Maßnahmen Europa im Jahr 2050 „klimaneutral“ sein soll, d.h., die Nettoemissionen von Treibhausgasen auf null reduziert werden. Als Zwischenziel sollen bis zum Jahr 2030 die Emissionen um 55% gegenüber dem Basisjahr 1990 gesenkt werden. Dabei handelt es sich um ein Querschnittsprogramm, das letztlich Auswirkungen auf fast alle Politikbereiche hat (z.B. Energiepolitik, Verkehrspolitik, Agrarpolitik).

7.5 Sozialpolitik

In der Sozialpolitik haben sich in jedem Mitgliedstaat im Lauf der Zeit spezifische Regelungen herausgebildet. Diese Unterschiede können weder kurz- noch mittelfristig ausgeglichen werden. Bestehende Benachteiligungen sollen jedoch abgebaut und neue vermieden werden.

Lange Zeit fand die Zusammenarbeit in der Sozialpolitik innerhalb der EU nur wenig Beachtung. Erst 1988 erklärte der Europäische Rat, der Binnenmarkt brauche begleitende Maßnahmen in der Sozialpolitik; es solle ein europäischer Sozialraum mit möglichst geringen sozialen Unterschieden entstehen. Ein erster Schritt dahin war die „Gemeinschafts-Charta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ (Sozialcharta), die der Europäische Rat im Dezember 1989 verabschiedete. Darin wurden einige grundlegende Rechte der Beschäftigten als politische Ziele festgeschrieben. Einige Ziele sind im Folgenden genannt:

- Das Recht auf Freizügigkeit, freie Berufsausübung und gleiche Behandlung im ganzen Binnenmarkt.
- Der Anspruch auf gerechte Entlohnung, auf bezahlten Jahresurlaub, wöchentliche Ruhezeit und auf einen Arbeitsvertrag.
- Das Recht auf sozialen Mindestschutz, insbesondere auf ein Mindesteinkommen bei Arbeitslosigkeit und im Rentenalter.
- Das Recht, Mitglied in einer Gewerkschaft zu werden.
- Das Recht auf Information, Mitsprache und Mitwirkung im Betrieb, auf ausreichenden Gesundheits- und Sicherheitsschutz am Arbeitsplatz, insbesondere auch das Recht auf Gleichbehandlung von Mann und Frau.
- Das Recht Jugendlicher auf besonderen Schutz.

Eine Vereinheitlichung sozialer Rechte und Leistungen für Beschäftigte wird es im Binnenmarkt zumindest vorerst nicht geben, insbesondere nicht bei der gesetzlichen Sozialversicherung, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland kennen. Die gesetzliche Sozialversicherung bildet die Grund-

lage für die Lebensplanung der Menschen und muss deshalb in besonderem Maß Bestand haben.

Beim Arbeitsschutz geht es um Regelungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Beschäftigten, so z.B. Vorschriften für Sicherheitseinrichtungen an Maschinen, für den Umgang mit gefährlichen Stoffen, Vorschriften zum Mutterschutz oder zum Schutz von Jugendlichen. Dafür werden EU-weit geltende Mindeststandards gesetzlich verankert.

Im Bereich des Arbeitsrechts sind die Möglichkeiten zur Anpassung, wegen der unterschiedlichen nationalen Systeme und Anschauungen, wesentlich geringer. Jedoch werden auch hier Mindeststandards erarbeitet, um eine gewisse Angleichung innerhalb der EU zu ermöglichen.

Ein äußerst kritischer Bereich im Rahmen der Sozialpolitik ist die Mitbestimmung. In den meisten Ländern der EU gibt es zwar Regelungen zur Mitbestimmung der Beschäftigten, jedoch in sehr unterschiedlichen Ausprägungen. Nach annähernd 20 Jahren Diskussion ist es gelungen, eine Regelung für Unternehmen, die in mehreren EU-Staaten Niederlassungen haben, zu treffen. Seit September 1994 gibt es eine Regelung zur Einrichtung europäischer Betriebsräte.

Bereits 1971 wurde eine Verordnung zur Koordinierung der Systeme der Sozialen Sicherung erlassen. Diese Richtlinie stellt sicher, dass Beschäftigte, die ihr Recht auf Freizügigkeit innerhalb des Binnenmarkts wahrnehmen, keine Nachteile im Bereich der Sozialen Sicherheit in Kauf nehmen müssen.

Merke

Ein weiteres Arbeitsgebiet der Europäischen Union ist die Sozialpolitik. Aufgrund der großen Unterschiede innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten in diesem Bereich, wird es in absehbarer Zeit keine EU-weite Sozialpolitik geben können, die diese Unterschiede ausgleicht.

7.6 Zusammenarbeit mit Drittstaaten

Europäische Staaten, für die ein Beitritt aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen nicht oder noch nicht in Frage kommt, können sich der EU assoziieren. Die Assoziierung steht auch außereuropäischen Staaten offen. Die Assoziierung ist ein besonders enges wirtschaftliches Kooperationsverhältnis zwischen Staaten, die nicht der EU angehören (Drittstaaten) und der Europäischen Union. Ziel ist ein möglichst ungehinderter Handel und die Abschaffung der Beschränkungen im Warenverkehr. Neuere Assoziierungsabkommen beinhalten oft auch Regelungen zum politischen Dialog und zur engen Zusammenarbeit in Kultur, Wissenschaft und Bildung.

Abgeschlossen sind beispielsweise Assoziierungsabkommen mit der Türkei, Tunesien, Israel, Marokko, Jordanien, Ägypten und Algerien.

Auch mit außereuropäischen Staaten und Staatengemeinschaften arbeitet die EU zusammen und hat mit ihnen zahlreiche Vereinbarungen getroffen. Dabei handelt es sich meist um Handelsabkommen, insbesondere

Freihandelsabkommen, die auf einen Abbau von Zöllen und sonstigen Handelshemmnissen zwischen der EU und den Vertragspartnern abzielen. Beispiele sind die Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea (angewendet seit 2011), der EU und Kanada (CETA, unterzeichnet 2016) sowie das Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit mit den Staaten der Andengemeinschaft (Bolivien, Ecuador, Peru und Kolumbien), das 1998 in Kraft getreten ist. Ende des Jahres 2024 hat die EU die Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) über ein umfassendes Handelsabkommen erfolgreich abgeschlossen.

Die Verhandlungen der EU mit den USA über ein Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) haben in der Öffentlichkeit zum Teil intensive Diskussionen über die Vorteile und Risiken eines solchen Abkommens hervorgerufen. Seit 2017 pausieren die Verhandlungen mit den USA.

7.7 Weitere Arbeitsfelder

Neben den oben beschriebenen Arbeitsfeldern gibt es noch eine Vielzahl weiterer Arbeitsfelder, wie z.B.:

- Justiz- und Innenpolitik
- Kultur
- Bildung
- Gesundheitswesen
- Verbraucherschutz
- Forschung und technologische Entwicklung
- Verkehrspolitik

Nähere Informationen finden Sie z.B. unter www.europa.eu im Internet.

7.8 Übungen zum Lernabschnitt 7

Übung 26

Erläutern Sie, worin der Kerngedanke der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik besteht.

Übung 27

Erläutern Sie die drei zentralen Ziele der regionalen Strukturpolitik in der EU.

Übung 28

Nennen Sie drei Bereiche der Sozialpolitik, in denen die EU tätig ist.

Übung 29

Erläutern Sie, warum in einem Binnenmarkt eine Zusammenarbeit der Staaten auch in der Umweltpolitik erforderlich ist.

8 Europäische Organe außerhalb der Europäischen Union

Oft kommt es zu begrifflichen Verwechslungen von einzelnen Organen. Damit es Ihnen leichter fällt die Organe der EU und die außerhalb der EU zu unterscheiden, werden im Folgenden die Organe

- Europarat,
- EFTA,
- OSZE

kurz erläutert.

1. Europarat

Der Europarat ist eine zwischenstaatliche Organisation und besteht seit 1949. Deutschland trat dem Europarat im Juli 1950 bei.

46 Staaten sind derzeit Mitglied im Europarat (Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Vereinigtes Königreich, Griechenland, Türkei, Island, Deutschland, Österreich, Zypern, Schweiz, Malta, Portugal, Spanien, Liechtenstein, San Marino, Finnland, Ungarn, Polen, Bulgarien, Estland, Litauen, Slowenien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Rumänien, Andorra, Lettland, Albanien, Moldawien, Ukraine, Nordmazedonien, Kroatien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Monaco und Montenegro). Die Mitgliedschaft Russlands wurde im März 2022 aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch einen Beschluss der anderen Mitglieder beendet.

Der Europarat hat seinen Sitz im Europa-Palais in Straßburg.

Das Arbeitsfeld umfasst alle Aspekte der europäischen Gesellschaft mit Ausnahme der Verteidigung, darunter u.a. Menschenrechte, Medien, Gesundheit, Bildung, Kultur, Umwelt usw. Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Änderung und Harmonisierung von Gesetzen in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden.

Die Aktivitäten der Organisation werden vom Generalsekretär koordiniert und geleitet.

2. EFTA

Die EFTA (European Free Trade Association) ist eine Vereinigung von vier europäischen Staaten, die alle nicht in der EU sind. Dies sind Island, Liechtenstein, Schweiz und Norwegen. Sie unterhalten innerhalb ihrer Organisation Freihandelsverträge (freier Verkehr von Gütern, Personen, Dienstleistungen und Kapital) sowie mit der EU und mit Nicht-EU-Staaten.

Als zentrales Instrument der Zusammenarbeit dient das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), an dem die Schweiz jedoch nicht teilnimmt.

3. OSZE

Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) entstand aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Der OSZE gehören alle Staaten in Europa, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die USA und Kanada an (insgesamt 57 Mitgliedstaaten).

Die Grundidee der OSZE ist, Konflikte durch Kooperation zu verhindern. Das Sicherheitskonzept umschließt eine politisch-militärische, eine humanitäre sowie eine wirtschaftliche Dimension.

9 Zusammenfassende Selbstkontrolle

Aufgabe 1

Erläutern Sie, warum es für souveräne Staaten leichter ist, auf wirtschaftlicher Ebene zusammenzuarbeiten als auf politischer Ebene.

Aufgabe 2

Erläutern Sie, warum das Angebot des französischen Außenministers Robert Schuman, auf dem Gebiet Kohle und Stahl mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, ungewöhnlich und zukunftsweisend war.

Aufgabe 3

Erläutern Sie, warum für die Schaffung einer Währungsunion eine funktionierende Wirtschaftsunion unabdingbare Voraussetzung ist.

Aufgabe 4

Erläutern Sie, warum das Zusammenspiel von Europäischem Parlament, Rat der Europäischen Union und Europäischer Kommission von besonderer Bedeutung ist.

Aufgabe 5

Stellen Sie dar, unter welchen Voraussetzungen neue Mitglieder in die Währungsunion aufgenommen werden.

Aufgabe 6

Erläutern Sie stichwortartig, welche Vorteile die Einführung des Euros als einheitliche Währung in der EU für die Bevölkerung und für die Unternehmen hat.

Aufgabe 7

Beschreiben Sie, warum es im Eigeninteresse der wirtschaftlich stärkeren Länder der EU liegen kann, die wirtschaftlich schwächeren Länder der EU finanziell zu unterstützen.

Aufgabe 8

Diskutieren Sie, welche Herausforderungen die Erweiterungsrounds der Jahre 2004 und 2007 für die EU mit sich gebracht haben und welche Möglichkeiten für eine zukünftige Erweiterung der EU bestehen.

Aufgabe 9

Stellen Sie dar, warum eine Reform der EU erforderlich war. Nennen Sie, drei – von Ihnen ausgewählte – wesentliche Reformelemente, die im Vertrag von Lissabon enthalten sind.

10 Lösungen zu den Übungen im Text

Lösung zu 1

Die vielen Kriege, die die europäischen Staaten über Jahrhunderte gegeneinander führten, brachten den Menschen in Europa unermessliches Leid; insbesondere der Zweite Weltkrieg. Jetzt war die Zeit gekommen die politischen Strukturen, die dafür verantwortlich gemacht wurden, zu beseitigen. Dies war nach überwiegender Ansicht nur möglich über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, die allen beteiligten Ländern Vorteile brachte. Man versuchte über gemeinsames wirtschaftliches Handeln zu einer politischen Einheit zu gelangen, sodass militärische Auseinandersetzungen künftig unterblieben.

Lösung zu 2

Besonders wichtige Stationen der europäischen Einigung:

- 1951 – Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- 1957 – Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft
- 1967 – Zusammenlegung der europäischen Institutionen zu einem gemeinsamen Rat und einer gemeinsamen Kommission
- 1979 – Erste Wahl zum Europäischen Parlament
- 1993 – Vollendung des Europäischen Binnenmarkts sowie Inkrafttreten des Vertrags über die Europäische Union
- 1999 – Beginn der Europäischen Währungsunion
- 2004/2007 – Osterweiterung der EU
- 2009 – Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (Institutionelle Reformen)

Lösung zu 3

Am 09. 05. 1950 verkündete der französische Außenminister Robert Schuman den Plan seiner Regierung, eine deutsch-französische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu gründen. Dieser Plan führte 1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Lösung zu 4

Der Vertrag von Maastricht markiert den Übergang von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union. Die Aufgabenbereiche der politischen Zusammenarbeit wurden wesentlich erweitert, unter anderem um die Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik, Gesundheitswesen und Verbraucherschutz.

Lösung zu 5

Die wirtschaftlichen Vorteile bestehen insbesondere darin, dass durch den größeren Binnenmarkt der Wettbewerb zwischen den Unternehmen intensiver geworden ist. Dies führt zu einer gestiegenen Angebotsvielfalt und zu sinkenden Preisen. Zudem können die Unternehmen leichter die Mindestgröße erreichen, die für eine Produktion mit niedrigen Stückkosten erforderlich ist. Dadurch steigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen, was sich wiederum positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt.

Die privaten Haushalte können die Vorteile des Binnenmarkts auch ganz unmittelbar in Anspruch nehmen. Sie können in allen Mitgliedstaaten der EU Güter kaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Sie können sich sogar dort niederlassen, um eine Arbeit aufzunehmen oder ein Unternehmen zu gründen.

Lösung zu 6

Durch die wirtschaftliche Integration erhöht sich der Wettbewerb zwischen den Unternehmen und zwischen den Standorten in den Mitgliedstaaten. Bei weniger leistungsfähigen Unternehmen und insbesondere in Staaten mit hohem Lohnniveau ergeben sich Anpassungsnotwendigkeiten. Können sich die Unternehmen und die Arbeitsmärkte nicht hinreichend schnell anpassen, droht ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zudem kann der Steuerwettbewerb zwischen den Standorten die Möglichkeiten der Staaten beschränken ihre Aufgaben zu finanzieren.

Lösung zu 7

Das Land muss politische und wirtschaftliche Kriterien erfüllen. Als politische Kriterien gelten eine stabile Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte sowie der Schutz von Minderheiten. Als wirtschaftliche Kriterien gelten eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten. Darüber hinaus muss das Land in der Lage sein, die Pflichten zu erfüllen, die sich aus einer Mitgliedschaft in der EU ergeben. Hierbei kommt es insbesondere auf die Strukturen und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung an.

Lösung zu 8

Die EU ist ein Verbund von zurzeit 27 selbstständigen Staaten, die vertraglich miteinander vereinbart haben, in vielen Bereichen der Politik, insbesondere der Wirtschaftspolitik, in bestimmter Weise zusammenzuarbeiten.

Lösung zu 9

Die Mitglieder des Europäischen Rats sind die Staats- und Regierungschefs bzw. -chefinnen der Mitgliedstaaten sowie der gewählte Präsident bzw. die gewählte Präsidentin des Europäischen Rats. Die Mitglieder des Rats der Europäischen Union sind die jeweiligen Fachministerinnen und Fachminister, die in unterschiedlicher Zusammensetzung tagen.

Der Europäische Rat legt die grundsätzlichen politischen Ziele der EU fest und treibt die Entwicklung der EU voran. Der Rat der EU wirkt gemeinsam mit dem Europäischen Parlament bei der Gesetzgebung der Europäischen Union und der Beschlussfassung über den Haushalt der EU mit.

Lösung zu 10

Aufgaben der Europäischen Kommission:

- Überwachung der Anwendung der europäischen Verträge und des europäischen Rechts
- Unterbreitung von Vorschlägen für Rechtsakte der EU
- Erstellung des Haushaltsentwurfs, Ausführung des Haushalts und Verwaltung der europäischen Programme
- Koordinierungs-, Exekutiv- und Verwaltungsfunktionen
- Vertretung der EU nach außen (Ausnahme: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

Lösung zu 11

Das Vorschlagsrecht für Rechtsnormen in der EU hat allein die Europäische Kommission. Dieser Vorschlag geht an das Europäische Parlament und an den Rat der Europäischen Union. Im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens nach Art. 294 AEU-Vertrag kommt eine Rechtsnorm nur zustande, wenn sowohl das Parlament als auch der Rat zustimmen. Im Lauf des Verfahrens kann der ursprüngliche Vorschlag der Kommission dabei mehrfach verändert werden.

Eine Verordnung ist unmittelbar geltendes Recht in jedem Mitgliedstaat. Eine Richtlinie muss zuerst in nationales Recht umgesetzt werden. Sie ist hinsichtlich ihrer Ziele verbindlich, die Mitgliedstaaten verfügen jedoch über einen gewissen Umsetzungsspielraum.

Lösung zu 12

Das Europäische Parlament wirkt im Gesetzgebungsverfahren mit. Es ist gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union für die Verabschiedung des Haushalts zuständig, es übt Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission aus und es wirkt mit bei der Gestaltung der Außenbeziehungen. Zudem wählt es den Präsidenten bzw. die Präsidentin der Europäischen Kommission und bestätigt die Kommissionsmitglieder als Kollektiv.

Lösung zu 13

Der Präsident bzw. die Präsidentin der Europäischen Kommission wird vom Europäischen Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rats gewählt. Die anderen Kommissarinnen und Kommissare werden von den Mitgliedstaaten vorgeschlagen und vom Europäischen Parlament als Kollektiv bestätigt.

Lösung zu 14

Der Europäische Rechnungshof prüft, ob die Einnahmen und Ausgaben der EU rechtmäßig und ordnungsgemäß sind. Außerdem prüft er, ob die Haushaltsführung wirtschaftlich ist.

Lösung zu 15

Immer mehr Entscheidungen des Rats der Europäischen Union werden mit qualifizierter Mehrheit getroffen.

Der Vertrag von Lissabon führte im November 2014 das Prinzip der doppelten Mehrheit ein. Demnach kommt ein Beschluss zustande, wenn mindestens 55 % der Mitgliedstaaten zustimmen und durch diese Mitgliedstaaten mindestens 65 % der EU-Bevölkerung vertreten sind.

Lösung zu 16

Die Zahl der Abgeordneten beträgt aus Deutschland 96, aus Schweden 21 und aus Malta 6. Für die Bevölkerungszahl können Sie unterschiedliche Werte finden, da sich diese beispielsweise auf verschiedene Stichtage beziehen. Offizielle Daten finden Sie im Internet entweder bei Eurostat, dem statistischen Amt der EU oder beim Statistischen Bundesamt. Die gerundete Bevölkerungszahl lautet für Deutschland 83,4 Millionen, für Schweden 10,6 Millionen und für Malta 0,6 Millionen.

Daraus ergibt sich, dass ein Abgeordneter des Europäischen Parlaments für Deutschland rund 870.000 Menschen repräsentiert (83,4 Millionen geteilt durch 96), für Schweden rund 500.000 Menschen und für Malta rund 100.000 Menschen.

Der Grundsatz der degressiven Proportionalität besagt, dass die Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament zwar mit der Bevölkerungszahl der jeweiligen Länder zunimmt (also beispielsweise Deutschland mehr Abgeordnete stellt als Schweden), es jedoch keinen linearen Zusammenhang gibt (also beispielsweise ein Parlamentsmitglied pro eine Million Einwohner), sondern die Zahl der Parlamentssitze unterproportional mit der Bevölkerungszahl zunimmt. Dies hat zur Folge, dass die Interessen kleinerer Staaten im Europäischen Parlament relativ stark zur Geltung gebracht werden können.

Lösung zu 17

Konvergenzkriterien sind Vorgaben für bestimmte wirtschaftliche Kennziffern, die die volkswirtschaftlichen Ergebnisse bzw. wirtschaftlichen Leistungen von Volkswirtschaften beschreiben. Mit ihrer Hilfe wird die Annäherung wirtschaftlicher Größen dargestellt.

Lösung zu 18

Die Staaten, die der Währungsunion beitreten wollten, mussten folgende Konvergenzkriterien erfüllen:

- Preisstabilität (relativ niedrige Inflationsrate)
- Haushaltsdisziplin (Neuverschuldung unter 3 % des BIP und Schuldenstand unter 60 % des BIP)
- Zinsen (relativ niedrige Zinsen)
- Währungsstabilität (gegenüber den anderen EU-Währungen)

Lösung zu 19

Eine Währungsunion ist ein Zusammenschluss von Staaten mit unterschiedlichen Währungen zu einem einheitlichen Währungsraum, in dem nur eine Währung offizielles Zahlungsmittel ist.

Lösung zu 20

Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Nationalen Zentralbanken (NZB).

Lösung zu 21

Vorrangiges Ziel der Europäischen Zentralbank ist die Preisstabilität in der Währungsunion.

Lösung zu 22

Damit der Euro zur Erhöhung des Wohlstands beitragen kann und von den Menschen in Europa als gemeinsame Währung befürwortet wird, muss das Preisniveau stabil sein. Wenn die EU-Mitgliedstaaten hohe Schulden haben, besteht die Gefahr, dass sie Druck auf die Europäische Zentralbank ausüben, um die Zinsen niedrig zu halten, was wiederum die Geldwertstabilität gefährden kann. Daher müssen die Staaten vor dem Beitritt zur Währungsunion Haushaltsdisziplin nachweisen und diese auch nach Einführung des Euros beibehalten.

Lösung zu 23

Die Geldmittel, die der EU zufließen, werden von den einzelnen Mitgliedstaaten erhoben und dann an die EU abgeführt.

Lösung zu 24

Die wichtigsten Posten sind

- die BNE-Eigenmittel der Mitgliedstaaten (BNE = Bruttonationaleinkommen),
- die Mehrwertsteuer-Eigenmittel sowie
- Zölle.

Weitere Einnahmen sind Zuckerabgaben, die Kunststoffabfallabgabe sowie sonstige Einnahmen (z.B. Bußgelder).

Lösung zu 25

Der Haushalt der EU ist in acht Rubriken aufgeteilt: (1) Binnenmarkt, Innovation und Digitales, (2) Zusammenhalt, Resilienz und Werte, (3) Natürliche Ressourcen und Umwelt, (4) Migration und Grenzmanagement, (5) Sicherheit und Verteidigung, (6) Nachbarschaft und die Welt, (7) Europäische öffentliche Verwaltung sowie (8) Thematische besondere Instrumente.

Ein erheblicher Teil der Mittel fließt nach wie vor in den Agrarsektor. Ebenfalls einen hohen Anteil am Haushaltsvolumen haben die Kohäsionsmittel, die zur positiven Entwicklung in den wirtschaftlich benachteiligten Regionen der EU beitragen sollen. Mit diesen Mitteln werden beispielsweise Infrastrukturprojekte finanziert.

Weitere Ausgaben der EU gibt es unter anderem in den Bereichen Umweltschutz, Verwaltung, Forschungsförderung und Entwicklungshilfe.

Lösung zu 26

Bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geht es sowohl um die gemeinsame und aufeinander abgestimmte Außenpolitik als auch um die Einbeziehung aller Fragen der Sicherheit.

Lösung zu 27

Die drei Ziele der regionalen Strukturpolitik der EU lauten:

- Konvergenz
Verbesserung der Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung in Mitgliedstaaten und Regionen mit besonders großem Entwicklungsrückstand
- Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Attraktivität in allen Regionen der EU
- Europäische territoriale Zusammenarbeit
Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa

Lösung zu 28

Die Sozialpolitik der EU erstreckt sich u.a. auf folgende Bereiche:

- Freizügigkeit
- freie Berufsausübung
- sozialer Mindestschutz (Mindesteinkommen, Arbeitslosigkeit, Rente)
- betriebliche Mitbestimmung
- Arbeitsschutz
- Sozialleistungen
- Arbeitsrecht

Hinweis

Es waren lediglich drei Bereiche zu nennen.

Lösung zu 29

In einem Binnenmarkt existieren keine Hemmnisse für den Warenhandel. Um zu verhindern, dass zum einen umweltschädliche Produkte importiert werden und zum anderen Staaten mit besonders niedrigen Umweltschutzstandards einen Wettbewerbsvorteil im Binnenmarkt haben, ist die Vereinbarung gemeinsamer Umweltschutzstandards sinnvoll. Zudem können viele grenzüberschreitende und globale Umweltprobleme nicht von den Nationalstaaten alleine gelöst werden, insbesondere ist hier der Klimaschutz zu nennen.

11 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle

Lösung zu 1

Die Zusammenarbeit auf der wirtschaftlichen Ebene ist für souveräne Staaten leichter als auf der politischen Ebene zu realisieren, weil hier nur ein geringer Teil der Selbstständigkeit aufgegeben wird. Dieser Teil wird vertraglich genau eingegrenzt. Vereinbarungen auf dieser Ebene sind nicht so problematisch, weil sie leichter korrigiert oder rückgängig gemacht werden können.

Lösung zu 2

Das Angebot des französischen Außenministers Robert Schuman war deshalb so einmalig und zukunfts-trächtig, weil die Wirtschaftsbereiche Kohle und Stahl die originären Grundlagen der Rüstungsindustrie waren. Damit bot Frankreich nur wenige Jahre nach dem Krieg an, die Souveränität auf diesem Gebiet aufzugeben.

Lösung zu 3

Eine Währungsunion zwischen verschiedenen Staaten kann nur erfolgreich sein, wenn die wirtschaftlichen Aktivitäten der beteiligten Staaten gleichgerichtet sind; d.h. wenn sie die gleichen Ziele anstreben. Um die Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit vergleichen zu können, benutzt man wirtschaftliche Kennziffern oder Größen, sogenannte Konvergenzkriterien.

Lösung zu 4

Alles, was in der EU beschlossen wird, geschieht im Zusammenspiel von Parlament, Kommission und Rat. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission sind rein europäische Organe, d.h. sie vertreten in erster Linie europäische Interessen. Der Rat der Europäischen Union ist die Vertretung der Mitgliedstaaten; hier werden Kompromisse gefunden zwischen den europäischen und nationalen Interessen.

Lösung zu 5

Damit ein Staat den Euro einführen kann, muss er zunächst die sogenannten Konvergenzkriterien erfüllen. Im Einzelnen geht es um eine niedrige Inflationsrate, niedrige Zinsen, stabile Staatsfinanzen (niedrige Neuverschuldung und niedriger Schuldenstand) und einen stabilen Wechselkurs. Die Staaten, die in 2004 oder später der EU beigetreten sind, haben sich verpflichtet, an der Währungsunion teilzunehmen, sobald sie die Konvergenzkriterien erfüllen. Für den Mitgliedstaat Dänemark besteht darüber hinaus die Möglichkeit, sich gegen einen Beitritt zur Währungsunion zu entscheiden.

Lösung zu 6

Für die Bevölkerung in den Mitgliedstaaten der Währungsunion hat die Einführung des Euros folgende Vorteile:

- kein gebührenpflichtiger Umtausch einer Währung in eine andere Währung
- bessere Möglichkeiten, die Preise zu vergleichen
- keine Probleme bei der Umrechnung

Für die Unternehmen in den Mitgliedstaaten der Währungsunion hat die Einführung des Euros folgende Vorteile:

- Wegfall des Wechselkursrisikos
- dadurch Verbesserung der Planungsgrundlagen
- ebenfalls keine Kosten für den Umtausch von Währungen

Lösung zu 7

Die wirtschaftlich stärkeren Länder der EU, die die wirtschaftlich schwächeren Länder der EU finanziell unterstützen, tätigen gewissermaßen „Investitionen in die Zukunft“. Sie helfen den wirtschaftlich schwächeren Ländern ihre Wirtschaftsstrukturen zu verbessern und sie wettbewerbsfähig zu machen, sodass die Gewinne der Unternehmen und die Einkommen der Haushalte steigen. Damit werden sie zu attraktiven Handelspartnern für die wirtschaftlich stärkeren Länder.

Lösung zu 8

2004 und 2007 sind neben Malta und Zypern insgesamt zehn Staaten aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa der EU beigetreten (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn). Diese Staaten haben erst wenige Jahre zuvor den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft vollzogen. Zudem gehören sie gemessen am EU-Durchschnitt zu den weniger wohlhabenden EU-Mitgliedern. Damit haben die Wohlstands- und Interessenunterschiede innerhalb der EU deutlich zugenommen.

Die Zahl der EU-Mitgliedstaaten übersteigt mittlerweile die Zahl der europäischen Staaten, die kein Mitglied der EU sind. Bei den Nicht-Mitgliedern handelt es sich erstens um die vier EFTA-Staaten Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island. Zweitens sind einige Staaten in Südosteuropa (insbesondere Albanien sowie mehrere Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien) noch keine EU-Mitglieder, befinden sich jedoch teilweise in Verhandlungen über einen EU-Beitritt bzw. werden als Beitrittskandidaten anerkannt. Drittens werden seit 2005 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geführt. Viertens haben die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien in der ersten Hälfte des Jahres 2022 einen Beitrittsantrag gestellt.

Im Jahr 2020 ist mit Großbritannien erstmals ein Staat aus der EU ausgetreten.

Lösung zu 9

Die Zahl der Mitglieder der EU hat sich im Jahr 2004 und danach stark erhöht. Die Regeln für die Zusammenarbeit stammten überwiegend aus einer Zeit, in der wenige und vergleichsweise homogene Staaten der Gemeinschaft angehörten. Zudem haben sich die Aufgabenfelder verändert, beispielsweise im Bereich der Außenbeziehungen.

Wesentliche Reformen des Vertrags von Lissabon:

- Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments durch die Ausweitung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens (früheres Mitentscheidungsverfahren) und der Haushaltsrechte, zudem Reduzierung der Zahl der Abgeordneten
- Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit für Entscheidungen des Rats der Europäischen Union und Ausweitung der Politikbereiche, in denen mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird
- Schaffung des Amtes eines hauptamtlichen Präsidenten bzw. einer hauptamtlichen Präsidentin für den Europäischen Rat mit einer Amtszeit von zweieinhalb Jahren
- Schaffung des Amtes eines Hohen Vertreters bzw. einer Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Reduzierung der Zahl der Mitglieder der Europäischen Kommission auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten (wird derzeit nicht angewandt)

- Stärkung der Rechte der nationalen Parlamente bei der Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips
- Einführung einer europäischen Bürgerinitiative
- Schaffung eines formalen Rechts zum Austritt von Mitgliedstaaten aus der EU

Hinweis

Es waren lediglich drei Reformelemente zu nennen.